



Konservative Kommentare Januar '21

von Peter Helmes

Liebe Leser,

an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden.

Ich wünsche Ihnen eine stets spannende Lektüre und freue mich über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt (Peter.Helmes@t-online.de) oder an Die Deutschen Konservativen (info@konservative.de) senden können.

Linksgrüne Diktatur – Die Herrschaft der (linken) Minderheiten über die (träge) Mehrheit

Von Peter Helmes

Aufwachen: Das „neue“ Deutschland steht in der Tür!

„Die '68er“ – unter diesem Begriff darf man die deutsche (und in weiten Teilen auch europäische) linksgrüne Revolution seit „1968“ und besonders ab 1980 (12./13. Jan.1980 Gründung der Partei DIE GRÜNEN in Karlsruhe) zusammenfassen – sind für das Schicksal Deutschlands von verheerenderem Einfluß, als deren „friedensliebende“ Fassade es vermuten läßt. Diese gesellschafts- und (deutsche) Identität zerstörende Ideologie vernichtet letztlich die genetische und kulturelle Wesensart, die bis heute Deutschland ausmacht – und vernichtet damit seine Existenz. Es soll eine „neue“ Gesellschaft über alle Grenzen hinweg („Multikulti“) entstehen.

Es droht die „Große Transformation“, der „Great Reset“

Auf diesem Weg der verbrannten nationalen Erde (und Ehre) werden die '68er („APO“) zu den Totengräbern eines jahrtausendalten stolzen Volkes, welches Europa und der Welt weit mehr gebracht hat als Krieg und Elend. Kaum ein Volk hat unseren Planeten in den Bereichen Wissenschaft, Technik, Kunst, Musik, Literatur und Philosophie mehr bereichert als unser Volk – in der Mitte Europas, dem Kern des Abendlandes. Der Austausch dieses Volkes gegen

eine „Neue Gesellschaft“, die in ihrem Gleichheitswahn einen „Neuen Menschen“ schaffen will, steht kurz bevor. Es droht die „Große Transformation“, der „Great Reset“. Die Warnuhr steht auf 1 Minute vor zwölf.

Der wahre Hintergrund bleibt (noch) verborgen: Sie wollen Deutschland abschaffen, sie wollen eine andere Politik, eine andere Gesellschaft. Willfähige Medien, Politiker und „gesellschaftsrelevante“ Kräfte unterstützen sie beim Kampf gegen unser Vaterland. Sie rauben uns unsere Sprache und nehmen uns unsere nationale Identität.

Den Neuen Menschen schaffen, und die Menschheit gleichschalten!

Die Eroberung der geistigen und faktischen Hoheit über den politischen Diskurs, den die '68er – fehlgeleitet durch die sog. „Frankfurter Schule“ – eingeläutet haben, hat eine neue Gesellschaft geschaffen, zumindest vorbereitet: den Neuen Menschen! Dahinter steht der alte Ansatz von Habermas, Adorno, Horkheimer und Genossen, die Erde, die Menschheit, gleichzuschalten. Der Frage allerdings, daß diese „Neue Gesellschaft“ mit den „Neuen Menschen“ dann von einigen Wenigen ge- bzw. verführt werden wird, weichen die Apologeten der Frankfurter Schule bis heute aus.

Die „Neue Gesellschaft“

Schlimm ist, daß ihnen – den Marcuses, Adornos oder Habermas' – niemand zugehört bzw. die „Botschaft“ verstanden hat: die „Neue Gesellschaft“. Sie nivelliert, sie eliminiert die Widerständler, kujoniert die Andersdenkenden und traktiert die Bürger mit ihrer Ideologie. Aber: Ihnen war es gelungen, die „Hoheit über die Bildung“ zu erlangen.

Fortan kamen Lehrer, Erzieher, Richter und ihre Professoren in die Schaltstellen der Bildungs- und Justizpolitik – dem Zukunfts- und Schlüsselement der Gesellschaft. Sie haben früh, und richtig!, erkannt: Wer die Bildung bestimmt, bestimmt die Zukunft eines Volkes. Und: Wer die Begriffe bestimmt, bestimmt die Sprache – und damit das wichtigste Instrument der Macht in einem Land.

Sie legten fest, was „politisch korrekt“, was rechts und was links ist. Und da wir alle unter dem Auschwitzkomplex leiden, brachten sie der Bevölkerung widerstandslos bei, daß „rechts“ = faschistisch und „links“ = gut ist. Hinfort gibt es in unserem Land nur noch die „Guten“ von links, und alles, was nicht links ist, ist böse.

Wir haben diese teuflische Strategie verschlafen und wachten erst auf, als es zu spät war. Schlimmer noch, aufgewacht und erkennend, wohin der Gesellschaftszug fuhr, hechelten viele Bürgerliche und Konservative hinterher und riefen „Wir sind auch... politisch korrekt!“ etc.

Verrat unserer Werte und Kotau vor dem Zeitgeist/Islam

Dieser Kotau vor dem von ihnen beherrschten neuen „Zeitgeist“ läßt sich ganz plastisch besonders an den christlichen Kirchen festmachen: In einem unglaublichen Abfall von ihren eigenen tradierten Werten biedern sich die geistlichen Führer der katholischen und evangelischen Kirche dem Zeitgeist an, betreiben „Appeasement“ mit dem Islam – der schlimmsten Bedrohung unserer Kultur – und verraten bewährte konservative Werte unter dem Schlachtruf: „Wir müssen uns öffnen...“

Sie öffneten fortan ihre Tore für alles Fremde und schlossen sie vor den alten Gläubigen. Sie unterstützen blind eine Öffnung unseres Landes für Menschen

(Flüchtlinge???) , die unsere Kultur nicht akzeptieren und schon gar nicht übernehmen wollen. (Allerdings nehmen sie gerne die Segnungen unseres Sozialstaates in Anspruch.)

Dieser Verrat an den europäischen Werten, die die europäischen Länder bisher verband, hat die europäischen Nationen entfremdet – in solche, die die christlich-abendländische Kultur bewahren wollen, und in die, die sich „der Öffnung“ widmen. Logische Konsequenz: Das „christlich-abendländische“ Vaterland ist obsolet und hat als Klammer ausgedient. Die „neue Gesellschaft“ mit Millionen von Neuankömmlingen wird unsere alte Gesellschaft in Besitz nehmen.

Dabei bleiben „Deutsch“ und „der Deutsche“ auf der Strecke – in Sprache, Kultur und Religion. Sie werden ersetzt durch eine Mischung von Sprachen, Ethnien und Kulturen. Europa als einigende Klammer ist tot. GOTT ist tot, Allah ist groß, Allahu akbar – Inshallah!

Nur wenigen Menschen unseres Landes ist bewußt, was sich hier tut: Der Bevölkerungsanteil der Urdeutschen („Autochthone“) schmilzt unerbittlich, die Zahl der Menschen mit ausländischen Wurzeln steigt rapide – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. In zwanzig, dreißig Jahren ist Deutschland „ausländisch“.

„Die Auschwitzbrille“

Es ist gewiß nicht die Angst vor Fremdem oder Fremden, die uns umtreibt, sondern es ist die Sorge um das Aussterben eines großen Volkes und einer großen Kultur. **Wir haben uns jahrzehntelang, insbesondere von der APO und den Linksgrünen, einreden lassen, daß die großartige, tausendjährige Geschichte Deutschlands ausschließlich durch die „Zwölf-Jahre-Brille“ (der „Auschwitzblick“) gesehen werden darf.** Ja, in diesen zwölf Jahren hat Deutschland Schuld auf sich geladen. Wir tun Buße, zählen Israel zu unseren Freundsstaaten und versuchen, die Schuld nach Kräften abzutragen.

Der erst kürzlich verstorbene große deutsche Historiker Prof. Siefert schrieb zur „Umvolkung“ unseres Vaterlandes u.a.:

„Zurzeit überschwemmt eine Migrationswelle von präzedenzlosem Umfang Europa. [...] Die Europäer müßten angesichts dieser Entwicklung erstarrt sein vor Schrecken.“

(Quelle: Rolf Peter Siefert: Deutschland, Schlaraffenland. In: Tumult, Heft Winter 2015/16, S. 23-28.)

Bei diesem Prozess hätten wir es „offenbar mit einer gezielten Selbstzerstörung der deutschen, europäischen, westlichen Kultur zu tun“. Er halte es „für fast ausgeschlossen, daß dieser Prozess aufgehalten oder gar umgekehrt werden kann.“ (Quelle: Rolf Peter Siefert am 14. September 2016 [E-mail], abgedruckt in: Tumult, Heft Winter 2016/17, S. 1).

Ein „Volk von Geisterfahrern“

Zur Haltung Deutschlands in der Flüchtlingskrise ab 2015 schrieb er dabei:

„Wie konnte ein ganzes Land (nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte) jede politische Vernunft, jeden Pragmatismus und jeden Common Sense über Bord werfen? Wie konnte dieses Volk von Geisterfahrern zugleich meinen, es vertrete die einzig legitime Position, während der Rest der westlichen Staaten im Irrtum oder in der Unmoral befangen bleibt?“

(Quelle: Alexander Meschnig: Willkommenskultur: „Die Eitelkeit des Guten“, Achse des Guten, 11. April 2017.)

Deutschland sei auf dem Weg in eine multitribale Gesellschaft (Viel-Stammes-Gesellschaft), resümierte Siefert.

„Aktiver Widerstand“?

Vor einigen Jahren hat der hochangesehene Islamexperte M. M. auf seinem Blog zum „aktiven Widerstand“ aufgerufen. Er erntete viel Zustimmung, aber auch viel juristischen

Ärger. Nicht klargeworden ist, wie dieser „aktive Widerstand“ aussehen soll. Da gibt es im Wesentlichen nur eine Alternativkonstellation: entweder innerhalb dieser Gesellschaft, also systemkonform, oder außerhalb: durch Widerstand mit Gewalt.

Wir, die wir diese Gesellschaftszerstörung nicht hinnehmen wollen, müssen also zuerst die Kernfrage beantworten: In welchem System bzw. wie kann die derzeitige Entwicklung verhindert werden? Innerhalb – oder eben außerhalb der Demokratie. Für mich ist die Antwort klar, weil meinem Lebenslauf und meinem Selbstverständnis geschuldet: Es geht nur demokratisch. Aber es ist die Gewissensfrage eines jeden einzelnen.

Die Folgefrage liegt auf der Hand: Warum habt Ihr denn zugelassen, daß unsere Demokratie diese Verformungen mitmacht? Die Antwort ist bekannt: Wir haben geschlafen, verniedlicht, „lieb Kind“ gemacht usw. Als wir die linksgrüne Revolution begriffen haben, war „die Situation schon da“. Wir Bürgerlichen haben dann zum genau falschen Gegeninstrument gegriffen: Wir haben in Scharen die demokratischen Parteien verlassen, sind in die Motz-Ecke gekrochen oder sind Kleinstparteien nachgelaufen oder, oder... Schlicht: Wir haben resigniert.

Genau das Gegenteil wäre nötig (und möglich!) gewesen: Rein in die Parteien – in Scharen – und deren Programme und Funktionäre „umstürzen“! Dazu braucht man Mehrheiten. Und da sieht es finster aus, wenig erfolgversprechend: Die gesamte deutsche Bevölkerung ist nur zu 3 Prozent politisch engagiert. Kein Wunder, daß die extrem Eifrigen – also die Rotrotgrünen – die Vorreiter spielen können, derweil wir fett und satt auf dem Sofa hocken und uns über die Grünen rot ärgern. Nur: Zum Widerstand müßten wir den Allerwertesten heben!

Die Welt, in der wir leben, ist verrückt. Und niemand merkt es, so scheint's. „Grün“ und „Rot“ war, kein Zweifel, als Parteibewegung seit Bestehen eine Minderheit. Die Grünen haben es uns aber vorgemacht, wie auch eine Minderheit Einfluß nehmen, ja die Mehrheit manipulieren kann:

Wir werden täglich gegängelt, an die Hand genommen („manipulieren“/“Manipulation“ = gezielte und verdeckte Einflussnahme, also sämtliche Prozesse, welche auf eine Steuerung des Erlebens und Verhaltens von Einzelnen und Gruppen zielen und diesen verborgen bleiben sollen) und vorgeführt – von einer rot/grünen Minderheit. Warum? Die Mehrheit ist träge, sogar zum Denken zu faul. Und manchmal auch vorwitzig: „Ist ja ganz lustig, was da die eine oder andere Minderheit so treibt. Stört mich doch nicht...“ So etwa sieht's im Kopf von Maria und Josef Normalo aus. Daß die Grünen vor rd. vierzig Jahren auch so als „verrückte Minderheit“ angefangen haben – längst vergessen. Heute diktieren sie uns, was Moral ist, was wir essen dürfen, wie wir leben und wen wir lieben sollen. Eine Minderheit führt eine stumme Mehrheit am Nasenring durchs Land! Und so wird Deutschland heute im Grunde von Minderheiten ge- und verführt.

2,8 % Lesben und Schwule (Zahl aus deren Verband) in Deutschland sagen, was wir zu tun und zu lassen haben. 8 % Linke und 15-16 % Grüne erklären uns, was demokratisch, was richtig und falsch, was also politisch korrekt ist. Auf der anderen Seite versuchen rd. 10% Moslems, uns zu diktieren, daß Deutschland künftig „richtig halal“ leben soll. Allesamt Minderheiten!

Das Ende der Aufklärung

Allen voran unsere gutmenschlichen Vorreiter. Zum Beispiel die (inzwischen etwas abgehalfterte) Frontfrau Renate Künast: **“Integration fängt damit an, daß Sie als Deutscher mal türkisch lernen!”** (Quelle: “Beckmann” vom 30.8.2010).

Das, was wir derzeit erleben, ist das Ende der Aufklärung, das Ende des „mündigen Bürgers“ und der Anfang vom Ende der Demokratie.

Dieser anachronistische Zustand ist längst Alltag in Deutschland und Europa. Nochmals Künst, jetzt aber in Klartext: Lernt gefälligst Türkisch! Also, Ihr lieben Deutschen, integriert Euch! Und als Begleitmusik dieses Lernprozesses werden Islam und Koran seitens der Medien und der Politik glorifiziert.

Daß Minderheiten wie die Grünen für Bevormundung stehen, ist schon ein Gemeinplatz. Daß deren Unsinn Methode hat, beweist sich täglich neu. Sie sind Technik- und Wissenschaftsfeindlich und legen fest, was geforscht werden darf. Wer am falschen Objekt forscht, z. B. Gentechnik, wird verjagt, und sei er auch ein noch so talentierter Wissenschaftler. Wir waren weltweit führend in der Reaktortechnik. Nun hat uns eine Minderheit eingeredet, das sei Teufelszeug – und stattdessen mehr als 100 neue Lehrstühle für Genderwissenschaften geschaffen.

Gender Mainstreaming – Abschied von der Heterosexualität als Norm

Eine unsägliche Koalition aller „staatstragenden“ Gutmenschen aus CDU CSU SPD FDP GRÜNE LINKE DGB und aus sonstigen „gesellschaftlichen Gruppierungen“ inkl. der Kirchen hat den „neuen Menschen“ entdeckt, den Gendermenschen. Nicht Fisch, nicht Fleisch, nicht Mann, nicht Frau – sondern ein „neues Wesen“, geschlechterenthooben sozusagen.

Federführend für die Umgestaltung der Gesellschaft nach den Prinzipien des Gender Mainstreaming ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Auf der Homepage dieses Bundesministeriums entdeckt man unter den Begriffen „Gleichstellung“, „Gender Mainstreaming“, „GenderkompetenzZentrum“ das eigentliche Ziel:

Die Geschlechtsdifferenzierung von Mann und Frau und die Heterosexualität als Norm sollen aufgehoben und durch „Gender“ ersetzt werden. Gender, die neue Ideologie!

Die Umwandlung der Gesellschaft ist raffiniert angelegt: durch Unterlaufen der demokratischen Strukturen ohne jede öffentliche Debatte. Schaltstelle ist die „Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (IMA GM), die dem Bundesfamilienministerium untersteht. Dort werden die Strategien erarbeitet, wie über „Gesetzesfolgenabschätzung“ und „Implementierung in die Arbeit der Bundesregierung“, durch „Gender Budgeting“, das heißt die Umlenkung der Staatsfinanzen, in Zusammenarbeit mit dem vom Familienministerium finanzierten „GenderkompetenzZentrum“ der geschlechtsvariable Mensch geschaffen wird. So erhält z.B. der „Kampf gegen rechts“ hunderte Millionen Euro „Staatsknete“, aber der „Kampf gegen links“ nur einige tausend Euro.

Bildung und Sprache – Schutz vor Manipulation

Minderheiten, wie Lehrgewerkschaften und grünrote Funktionäre, wollen einen anderen Bürger erziehen, das deutsche Bildungswesen dem Zeitgeist anpassen (Humboldt, Goethe, Schiller usw. – Steinzeitkultur!). Man dürfe die Schüler nicht überfordern und mit Wissen überfrachten, heißt es.

Für weniger Blinde lautet der Klartext: „Entbildete“ und nichtgebildete Schüler sind eben besser manipulierbar. Also wird unsere Sprache verhunzt, wird unsere Bildung, die Grundlage unserer Kultur, „abgewählt“, werden Schrift(!) und Sprache „vereinfacht“. Google statt Goethe, Twitter statt Literatur, Beat statt Beethoven, soap opera statt Oper. Die deutsche Sprachkultur schmilzt auf 160 Zeichen (twitter, sms).

Minderheiten beweisen oft zerstörerischen Charakter, zumindest wollen sie Mehrheiten ändern, bisweilen zerstören. So auch in diesem Falle. Was steckt hinter der Mißachtung unserer Kultur und Sprache? Der Philosoph Harald Seubert gibt eine Antwort: *„Wer die Macht der Sprache und die Stringenz tieferer Gedanken gekostet hat, wird geradezu allergisch gegen Manipulationen aller Art.“*

Die Sprache, stellte Erwin Chargaff (1905 – 2002) fest, müsse „als der hauptsächliche Faktor in der Bestimmung der nationalen Identität betrachtet werden“. Und weiter: *„...Die Menschen, „verlassen in einer Welt ödester Massenmedien, sind gleichsam abgeschnitten davon, was ihre einstmalige Sprache an großen Werken hervorgebracht hat“* (Quelle FAZ vom 10. August 1991).

Ist mensch erst einmal seiner Bildung beraubt, wird er leichter – weil ohne Widerstand – ein Opfer grünroter Umerziehung. Allgemeinbildung stört da nur

Hauptsache, er lernt, was „Buntheit ist, was „Toleranz“ und Weltoffenheit. Die Quintessenz dieses Lehrstoffes: Rechts ist intolerant, verschlossen und böse. Das reicht fürs Leben. Und deshalb sind offenbar Analphabeten bei uns besonders willkommen. Und „Toleranz“ reduziert sich aufs Sexualverhalten und (angeblich) 60 und mehr verschiedene „Geschlechter“. (Nur an Opas und Omas: Da hatten wir es früher leichter: „mann“ wußte, was frau will und wie’s geht – und umgekehrt. Heute muß gender erst fragen, wer /was bist Du geschlechtlich.)

Da gibt’s dann noch eine besondere Spezies von Minderheiten: Rothemden bei den DGB-Gewerkschaften, die uns die Lehre vom bösen Unternehmer und armen Arbeitnehmer verkünden, und die Gelbhemden von Verdi zeigen uns, wie man – „wenn mein starker Arm es will“ – das öffentliche Leben lahmlegt.

Gewerkschaften sind Minderheit

Dabei handelt es sich bei den Gewerkschaftern auch nur um eine Minderheit: Der Organisationsgrad der Gewerkschaften steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Barrikadengeschrei. Nicht ´mal ein Fünftel aller Arbeitnehmer ist noch gewerkschaftlich organisiert.

Der durchschnittliche Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in der EU insgesamt, gewichtet nach den Arbeitnehmerzahlen in den einzelnen Mitgliedstaaten, beträgt 23 %. Dabei ist zu beachten, daß der relativ geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad in einigen der größeren EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland (18 %), Frankreich (8 %) sowie Spanien mit 19 % und Polen mit 12 % diesen Durchschnitt drückt. Die drei kleinsten Staaten hingegen – Zypern, Luxemburg und Malta – verzeichnen hier Anteile, die weit über dem Durchschnitt liegen. (Quelle: worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Quer-durch-Europa/Gewerkschaften)

Libertäres „Zentralkomitee der Deutschen Katholiken“

Oder nehmen wir unverdächtigweise (???) die katholische Kirche in Deutschland bzw. deren „geheime“ Gutmensch-Organisation, genannt „Zentralkomitee“. Das „ZK der Deutschen Katholiken“ sollte eigentlich die Interessenvertretung der Gläubigen gegenüber dem Klerus sein. Aber es produziert lieber (en masse) Papiere und gefällt sich darin, den katholischen Glauben auf eigene Weise zu definieren, auf Deutsch: auf den Kopf zu stellen,

selbst wenn das dem Naturrecht widerspricht. Übrigens immer recht hübsch begleitet von einem interessierten Medienpulk; denn Medienmenschen lieben Störer wie das ZK, das sich gerne bisherigen Glaubensregeln zum Trotz „den Herausforderungen der Zeit“ – siehe LSBTTIQ – verschrieben hat.

Hohe kirchliche „Würdenträger“ beeilen sich, ihnen nachzueifern. So steht der Vormann des deutschen Klerus, der Münchner Kardinal ~~Kaaf~~ Reinhard Marx (nomen est omen), an der Spitze einer Gruppierung, die sich im vertraulichen Kreis Gleichgesinnter in Hinterzimmertreffen Gedanken um eine notwendige „Liberalisierung“ der Kirche macht. Angesichts des weltweiten Katholizismus eine winzige Minderheit! Aber Traditionalisten und Reformfreudige unter den Kardinälen spielen Mikado. Wer umfällt, hat verloren.

Und Katholiken in Deutschland? Sie lassen sich öffentlich vorführen und sich fragen, ob ihre Lebenswirklichkeit die richtige ist. Die deutsche katholische Amtskirche sieht sich als Nabel der katholischen Weltkirche. Eine (im wörtlichen Sinne) verschwindende Minderheit, der eine – vor allem in Afrika und Südamerika – immer größer werdende Mehrheit gegenübersteht. Aber in Deutschland wird definiert, was „moderne Lebenswirklichkeit“ ist.

Minderheiten, so lernt Hannes Bravbürger schon früh, sind der Schwanz, der mit dem Hund wedelt; er lernt, wie eine Minderheit eine Mehrheit bevormundet. Nun lernt mal schön!

Der gesellschaftspolitische Wandel bedeutet: Links ist „gut“, rechts ist „böse“

Das alles wäre vielleicht noch zu ertragen, wenn mit diesen minderheitlichen Diktatversuchen nicht zugleich eine Verteufelung all derer einherginge, die diese Meinungen nicht teilen, die also bewußt politisch inkorrekt sind. Wären diese Inkorrekten nur die Doofen, ginge das ja noch. Aber sie werden nicht als doof hingestellt, sondern als gefährlich. Und alles, was in unserer Gesellschaft gefährlich ist, ist selbstverständlich „rechts“. Tugenden sind links, Untugenden rechts. Und im hast-Du-nicht-Gesehen sind links die „Guten“, geführt von den Gutmenschen, und rechts die Bösen, die Gesellschaftszerstörer. Unser tradiertes Paradigma ist einem kompletten Paradigmenwechsel zum Opfer gefallen.

Somit wird auch deutlich, daß der kräftig finanzierte „Kampf gegen rechts“ genau diesem neuen Paradigma folgt: Da „rechts“ böse ist, ist „links“ gut, also staatlich zu fördern. Und genau entsprechend diesem Paradigma braucht man „links“ bzw. Linksradikale nicht mehr zu beobachten, sie brauchen auch kein Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ mehr abzuleisten; denn wenn jemand „gut“ ist, ist er ja nicht böse. Alles klar?

Auf was warten wir? Auf die Selbstentmachtung der Parteien und der Interessengruppen? Auf das Aufhören der ewigen Bevormundung durch Bessermenschen? Auf eine neue Weltordnung? Sie rückt immer näher!

Jedenfalls solange „der Staat“ – also Parteien und Interessengruppen – sich am von uns Bürgern Erarbeiteten mästet und solange erklärte Gegner dieses Staates von eben diesem Staat gefördert und finanziert werden, wird die Diktatur der Minderheiten weiter voranschreiten. Irgendwann bricht das System dann zwar ´mal zusammen. Aber bis dahin herrscht offensichtlich die Devise: „Nach uns die Sintflut!“

Schrumpfsozis – Hält die SPD bis Sept. d.J. durch?

Von Peter Helmes

Moral und Vernunft – die feindlichen Zwillinge der SPD

Man kann sich die Hände vor die Augen halten, durch die Gegend laufen und laut rufen: „Ich sehe nichts!“ Es hülfe nichts; denn was man mit klarem Blick sehen könnte, wird dadurch nicht gelöscht.

Noch schlimmer, und jetzt sind wir mitten im Blickbereich der einst stolzen Sozialdemokraten: Man kann sehen und hören – und trotzdem so tun, als ob „da nichts wäre“. Genau das macht die SPD! Die Ausrufung eines Kanzlerkandidaten – mit aktuell 14 % Stimmerwartung im Kreuz – und der laute Ruf: „Wir setzen auf Sieg!“ ist nichts anderes als das Verdecken des Todesröchelns einer sterbenden Partei.

Die Bilanz liest sich katastrophal. Im Jahr 2002 gewann die SPD das letzte Mal Wahlen im Bund. Ab dann kannte die Entwicklung meist nur eine Richtung: nach unten. 34,2 Prozent (2005), 23,0 Prozent (2009), 25,7 Prozent (2013), 20,5 Prozent (2017). Bei den Europawahlen 2019 waren es nur noch 15,8 Prozent. Die jüngsten Umfragen sehen die Partei nun irgendwo zwischen 13 und 14,5 Prozent. Die einst stolze Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Spezialistin für Wahlniederlagen geworden. Und trotzdem sterben die Blinden in der Partei nicht aus. Der unsägliche, aber viel quasselnde Ralf Stegner träumt sogar von seiner SPD als einem „Bollwerk gegen Rechtspopulisten“. Bollwerk? Mit 13 Prozent? Wer solche Parteigrößen hat, sorgt jedenfalls für „Quote“ – allerdings eine hohe Spott-Quote, die nicht weit von Verachtung entfernt ist.

Es ist die alte sozialistische Parteihybris:

„Die anderen mögen Wahlen gewinnen, wir aber haben die richtige (kosmopolitische) Moral.“

Statt Moral und Vernunft zu kombinieren, wird ein Gegensatz konstruiert.

Die SPD droht im gegenwärtigen Strudel ihres dramatischen Verfalls zu einer Doppelspezialistin zu werden: eine für Wahlniederlagen und eine für die überlegene Moral. Das ist das lernunwillige Verhalten einer Partei, die den Anschluß an traditionelle Teile der Gesellschaft verloren hat.

Die SPD verschließt – und in der gleichen Gefahr schwebt die CDU – die Augen vor einer bitteren Wahrheit: Sie bestimmte schon längst nicht mehr die Agenda gesellschaftlicher Diskurse, sondern wurde ihr Opfer. Die Wähler der SPD vermissen ein Zukunftsprofil, inhaltlich wie personell. So wird die SPD letztlich nur noch als angestaubte Partei der Vergangenheitsverwaltung wahrgenommen.

Statt innezuhalten und eine echte Strategie zu entwickeln, setzen die Genossen noch eins drauf, indem sie zu jeder maßgeblich oder unmaßgeblich geäußerten Meinung eine Gegenmeinung aus den eigenen Reihen produzieren. Dies führt zwangsweise zu einem Erosionsprozeß, der die alte Nachkriegs-SPD von „stolze Volkspartei“ nur noch träumen läßt und ihr „Wahlsiege“ einführt, die schon ab 12-13 Prozent als „Erfolg“ verkauft werden. Das „Volk“ von einst ist aber längst weg und hat nur Platz gelassen für Spinner, Sektierer, Träumer und Gesellschaftszerstörer – also Bessermenschen (und –MenschInnen), von denen kaum jemand mal die Ärmel aufkrepeln und sein eigenes Brot erarbeiten mußte.

In Klartext: Die SPD befindet sich seit vier Jahrzehnten in einer erst unbemerkten, dann immer kritischer gewordenen Krise, die ihren Status als Volkspartei zunehmend unterminiert und letztlich zerstört (hat?).

Seit 1973 gelingt es den Sozialdemokraten praktisch nicht mehr, ihre auseinanderdriftenden und sich zuweilen bitter bekämpfenden Anhängergruppen unter ein Dach zu zwingen und mit einer Sprache zu sprechen, die der „kleine Mann auf der Straße“ – früher die Stammklientel der Partei – verstehen und unterstützen könnte.

In den gar nicht mehr „neuen“ Bundesländern ist die SPD zu einer Parteigröße geschrumpft, die gewöhnlich bei Wahlanalysen zu den „Sonstigen“ gezählt wird. Mit dem zu erwartenden Wegfall von immer mehr Mandaten und Minister- bzw. Staatssekretärsposten bei den kommenden Wahlen droht der Partei auch noch das organisatorische und finanzielle Rückgrat zu brechen.

Die Sozialdemokraten spielen mit dem Feuer und verspielten Vertrauen

Die Verzweiflung der Sozis ist groß, 14 Prozent in den Umfragen, keine gute Basis zum Auftakt eines Super-Wahljahres. Fast trotzig posaunt ihr „Kanzlerkandidat“ Olaf Scholz: **“Wir spielen auf Sieg!”** Was soll er sonst auch sagen? Er muß sich mit dem Mut der Verzweiflung als „Herausforderer“ aufblasen – und das auch noch, ohne (bis jetzt, Stand 14.01.21) zu wissen, wer sein Gegner sein und vor allem, um welches Thema es gehen wird. Daß sich ausgerechnet die Corona-Pandemie eignen könnte, sich vom Koalitionspartner abzusetzen, darf wohl klar verneint werden.

„Egal“, heißt es im Willy-Brandt-Haus, **„Augen zu und durch!“** Auf ihrer diesjährigen Auftakt-Klausur (8.1.) attackierte die SPD die Impfkampagne des CDU-Gesundheitsministers. Sie springt damit über ein hingehaltenes Stöckchen und läßt abermals **erkennen, daß der SPD ein eigentliches, ur-sozialdemokratisches Ziel fehlt.** Doch damit setzten die Sozialdemokraten im Superwahljahr aufs falsche Thema und betreiben nichts als parteipolitische Profilierung. Und das kommt – mitten in der Pandemiebekämpfung – beim Wähler gewiß nicht gut an. (Die Sozialdemokraten wollen ihr endgültiges Wahlprogramm auf einem Parteitag am 9. Mai verabschieden – spät, aber immerhin!)

Wohin willst Du, SPD?

Die – ja, auch die historischen – Versäumnisse und Fehler der SPD aus den letzten Jahrzehnten hier aufzuzeichnen, hieße, ein dickes Buch über die Genossen von heute zu schreiben. Viel Zeit für die Vergangenheitsbewältigung bleibt den SPD-Gremien allerdings nicht mehr. Zu viele Fragen, die noch geklärt werden müssen. Die bedeutendste Frage wird wohl lauten: Wohin willst Du, SPD? Machen wir das Desaster ´mal schlicht an nur zwei – allerdings für Deutschland schicksalhaften – Fragen fest:

Beispiel I. – Wackelkurs bei Corona:

Keine gemeinsame Politik der SPD-geführten Länder

Daß ausgerechnet Olaf Scholz seine jüngsten öffentlichen Angriffe gegen den CDU-Gesundheitsminister richtet, ist wenig verständlich. Denn Olaf Scholz ist als Finanzminister und „Vize-Kanzler“ – ein „Amt“, das es gar nicht gibt – ganz gewiß mit kostenintensiven Dingen vertraut, und dazu zählt sicher auch die Impfstoffbeschaffung. Da ist der liebe Olaf aber in ein dickes Fettnäpfchen getreten! Und daß er dem Kabinettskollegen Spahn einen inquisitorischen Fragenkatalog vor die Füße wirft, beweist nur die Nervosität, mit der die Sozis „in die Schlacht“ ziehen. Auch dieser Schuß kann schnell nach hinten losgehen; denn eine solche parteipolitische Profilierung während der alle Welt bewegenden Pandemiebekämpfung kommt beim Wähler gar nicht gut an.

Geradezu hilflos wirkt der Kanzler in spe bei der Frage nach der Finanzierung der immensen Kredite, die zum Kampf gegen das Virus nötig sind. Da stammelt der Kanzlerkandidat etwas

von einer „höheren Belastung von Spitzenverdienern und gegen Steuersenkungen“. Setzen, mangelhaft!

Sozialdemokraten verspielen in Berlin Vertrauen

Scholz und die SPD-Länder blamieren sich zudem an einer weiteren Stelle: Berlins Regierungschef Michael Müller schwört die Bürger auf einen vielleicht noch härteren Lockdown ein, stellt aber bis zuletzt in Aussicht, die Schulen nächsten Montag teilweise zu öffnen. Vom Infektionsgeschehen wird gar nicht mehr gesprochen.

Dabei ist zwischen den Zeilen herauszuhören, wie groß die Angst vor dem mutierten Virus ist, daß die Zahlen bald unter die Decke schießen könnten. Eine Öffnung der Schulen paßt nicht zur Katastrophen-Rhetorik der Bundesregierung. **Statt an einem Strang zu ziehen, verspielt die SPD Vertrauen.** Berlin hatte erst einmal die Notbremse gezogen, also hieß es: keinen Präsenzunterricht für Grundschüler! Lehrer und Eltern hatten sich gewehrt, Unterschriften wurden gesammelt und der Koalitionspartner, die Linkspartei, fragte völlig zu Recht: Wie wollen wir glaubhaft Kontakte drastisch einschränken, aber Kinder und Jugendliche wieder in Busse und Klassenzimmer schicken?

Es ist aber ein Versagen der Politik, ein Armutszeugnis, wenn nun Schulen und Eltern überlassen wird, ob sie Oberstufenschüler zum Unterricht schicken oder nicht. Die Einschätzung der Gefahrenlage wird von den Regierenden erwartet – und nicht von Eltern, Schülern und Lehrern!

Beispiel II. – Einsatz von Bundeswehr-Drohnen

In der großen Koalition ist ein Streit um den Einsatz von bewaffneten Drohnen des Typs „Heron TP“ bei der Bundeswehr entbrannt – maßgeblich befeuert von der SPD.

In der SPD gibt es zwei Positionen zu den bewaffneten Drohnen:

1.) Ihre verteidigungspolitischen Experten hatten sich für eine Anschaffung von **bewaffneten** Drohnen ausgesprochen.

Sie betrachten das Thema vor allem aus militärischer Sicht und aus der Sicht der Soldaten. So argumentiert etwa [die SPD-Verteidigungspolitikerin Sientje Möller am 17.12.2020 im Dlf \[AUDIO\]](#), daß der Einsatz dieser Waffensysteme die Sicherheit der Soldaten erhöht: „*Zum Schutz der Soldaten und Soldatinnen können Drohnen ein wichtiges Instrument darstellen.*“

2.) Ihre innerparteilichen Gegner (in der SPD) halten die Entscheidung über die bewaffneten Drohnen insgesamt für richtungsweisend. Denn sie könnte den Weg für den zukünftigen Einsatz von automatisierten Waffen ebnen. Darum fordern die Gegner eine Diskussion, die über die militärischen Argumente hinausgeht und bei der auch die Öffentlichkeit einbezogen wird. Ihnen geht es vor allem um die ethischen und völkerrechtlichen Aspekte beim Einsatz von bewaffneten Drohnen.

Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD aus dem Jahr 2018 ist auch der Einsatz von bewaffneten Drohnen Thema. Die SPD hatte als Bedingung für eine Zustimmung eine ausführliche und breite Debatte gefordert. Diese wurde vor allem unter Experten und Verteidigungspolitikern beider Parteien – aber auch im Bundestag – geführt. Unter anderem als Livestream am 11. Mai 2020 und unter dem Twitter-Hashtag #DrohnenDebatte2020.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Fritz Felgentreu, hatte der Anschaffung der Drohnen und der Empfehlung des Verteidigungsausschusses im Vorfeld positiv gegenüber gestanden.

Die Passage zu bewaffneten Drohnen im [Koalitionsvertrag](#): *„Wir werden im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion die Entwicklung der Euro-Drohne weiterführen. Als Übergangslösung wird die Drohne HERON TP geleast. Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage erstellen und dem Deutschen Bundestag zuleiten. Vor einer zukünftigen Beschaffung von bewaffnungsfertigen Drohnen sind die konzeptionellen Grundlagen für deren Einsatz zu schaffen. Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen.“*

Die CDU kritisiert die Entscheidung der SPD aufs Schärfste. [Der CDU-Verteidigungspolitiker Henning Otte sagte im Dlf \[AUDIO\]](#), es sei „verwerflich, unseren Soldaten diese Schutzmöglichkeit zu verbieten“. Er führt an, daß die Einsatzkräfte durch fehlende Waffensysteme während ihrer Auslandseinsätze im Nachteil sind und in Gefahr gebracht werden.

Weiter kritisierte er, daß man sich auf die Zusage der SPD bereits verlassen hätte und die Diskussion unter den Fachleuten – auch die ethische und völkerrechtliche – bereits ausführlich diskutiert worden wäre.

Beobachter stufen den Beschluß der SPD als Versuch ein, an alte friedenspolitische Parteitraditionen anzuknüpfen. Dlf-Korrespondent Frank Capellan kommentiert den SPD-Beschluß mit den Worten: „Es geht für die SPD-Spitze allein darum, sich als Friedenspartei zu profilieren“.

Es ist wohl eher Gewißheit denn bloße Vermutung, daß hinter der Entscheidung auch der Wille steht, für die Bundestagswahl neue Bündnispartner zu finden und sich eindeutig links zu positionieren. CDU-Politiker Henning Otte sagte im Dlf: „Ich vermute, daß Norbert Walter-Borjans einem neuen linken Bündnis Avancen machen will.“

Jetzt haben SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich und SPD-Chef Norbert Walter-Borjans den Drohnen überraschend eine Absage erteilt – zunächst auf Zeit. Ein Argument ist, daß die geforderte Debatte aus Sicht der SPD nicht ausreichend geführt wurde.

Die Parteispitze möchte das Thema noch ausführlicher öffentlich diskutieren, um einen größeren Konsens zu schaffen. Als Folge dieser Bekanntmachung kann über die Anschaffung der Drohnen erst in der nächsten Legislaturperiode entschieden werden. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Fritz Felgentreu, legte als Reaktion auf diese Entscheidung sein Amt am 16. Dezember 2020 nieder.

Ob und wann Drohnen im Ernstfall schießen dürfen, ist in Deutschland nicht abschließend geregelt. Trotzdem will man Drohnen anschaffen und mit Partnern in der EU eine Euro-Kampfdrohne entwickeln. Ein harter Konflikt zwischen Ethik und militärischem Fortschritt. Einen solchen Konflikt kann man nicht mit „Sowohl als auch“ lösen, sondern er verlangt eine harte, klare Entscheidung.

Nur zur Abrundung der Diskussionslage hier die Positionen der Oppositions-Parteien beim Thema bewaffnete Drohnen:

Die Linke: Die Fraktion die Linke hatte bereits im Juni 2020 eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zum Thema bewaffnete Drohnen gestellt, in der sie die Art und Weise der öffentlichen Debatte kritisierte und mehr Information und Klärung vor allem völkerrechtlicher und ethischer Fragen forderte. Unter anderem wurde moniert, dass in einer öffentlichen Anhörung zu dem Thema keine Opfer von Drohnenangriffen zu Wort kamen. In einem weiteren Antrag hatte die Linksfraktion den Bundestag bereits im September aufgefordert sich am 17.12.2020 gegen die Anschaffung und den Einsatz von bewaffneten Drohnen einzusetzen.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Grünen positionieren sich gemeinsam mit der Linken gegen einen Einsatz von Kampfdrohnen bei der Bundeswehr positionieren. Auch sie legten einen entsprechenden Antrag vor. Ihre Argumente: Bewaffnete Drohnen seien bisher überwiegend völkerrechtswidrig eingesetzt worden. Die von der Bundesregierung in der Debatte vorgebrachten Beispielfälle hätten den entscheidenden Vorteil bewaffneter Drohnen gegenüber herkömmlicher Luftunterstützung nicht überzeugend darlegen können, so die Argumente der Grünen in ihrem Antrag.

FDP: Die FDP hatte sich bereits Ende 2019 für die Anschaffung von Drohnen ausgesprochen.

AfD: Die Fraktion der AfD hatte ebenfalls Ende 2019 in einem Antrag für die Beschaffung von Drohnen plädiert.

Beide Anträge wurden im Dezember 2019 vom Bundestag abgelehnt.

Neuer Impfstoff – CoVAC-1: ohne Gentechnik - ohne Nanopartikel - mit bester Schutzwirkung gegen alle Corona-Viren (vgl. Prof. Rammensee)

Von Peter Helmes

conservo berichtete bereits im August und September über die genialen Impf-Forschungen des Tübinger **Universitätsprofessors Dr. Hans-Georg Rammensee**, dem es gelungen war, einen breit gegen alle Corona-Viren effektiven Impfstoff auf Basis von Virus-Peptiden herzustellen und bereits erfolgreich an sich selbst auszuprobieren (<https://conservo.wordpress.com/2020/09/23/der-weltkrieg-mit-todbringenden-manipulierten-viren-geht-in-die-zweite-phase/>)

Prof. Rammensee, Prof. Sahin u. PD. Frau Dr. Walz (von der UNIKLINIK in Tübingen – die nichts mit der Tübinger cure vac-Firma von Dietmar Hopp zu tun haben) bearbeiten ihren Impfstoff CoVAC1 demnächst in Phase II. Ganz ohne m-RNA- und den ganzen Gen-technischen Mist, den BioNTech und ModeRNA aufweisen!

Dieser Impfstoff nimmt den Links-Grünen alle ihre „Pseudo-Argumente“ restlos weg, mit denen sie ihre große Transformation und den Great Reset durchsetzen wollen – wobei allein schon Covid-19 absolut KEIN Grund sein kann, unsere Demokratie und unsere Soziale Marktwirtschaft restlos zu zerstören und durch planwirtschaftlich-diktatorisch-autoritäre Linkssozialistische Unrechtsregime zu „ersetzen“....

Die Impfstoffe, die jetzt erprobt werden, „kennen“ die „neuen Corona-Viren“ ja schließlich nicht und können gegen diese Viren nicht helfen. Hinzu kommt, daß alle bisherigen Impfstoffe keine bleibende Immunität über die sog. B-Zellen und B-Memory-Cells aufbauen können.

Es wird nun jedoch noch einmal deutlich schwieriger werden, gegen immer wieder neu geschaffene Corona-Viren einen geeigneten Impfstoff zu finden.

Der Tübinger Universitätsprofessor **Rammensee** hat jedoch einen vielversprechenden Impfstoff bereits an sich selbst ausprobiert (mit bisher großem Erfolg!) – im Gegensatz zum Impfstoff des privaten Tübinger Labors „Cure Vac“, in das Dietmar Hopp und die Bundesregierung mehr als eine halbe Milliarde Euro investiert haben. Hoffen wir, daß dieser Versuch von „Cure Vac“ sich nicht als „Rohrkrepierer“ entpuppt.

Das Ganze müßte über das T-Zell-System laufen, sagt selbst der Bonner Prof. Hendrik Streeck – aber selbst dann fehlen bei Impfungen die bleibenden Immunantworten auf die neuen SARS-CoV-2-D614G-Viren und weitere manipulierte Viren-Unterarten. (vgl.: DIE WELT: „Neue Corona-Variante „infektiöser“ als ursprüngliches Virus“, veröffentlicht am **03.07.2020** (<https://www.welt.de/wissenschaft/article210946111/D614G-Neue-Corona-Variante-infektoeser-als-urspruengliches-Virus.html>)

Nach Genehmigung durch das zuständige Paul-Ehrlich-Institut am 25.11.2020 befindet sich nun dieser Tübinger „Rammensee-Impfstoff“ seit Anfang Dezember 2020 in der klinischen Erprobung.

Wie ebenfalls vor Monaten von *conservo* publiziert, muß ein Impfstoff gegen SARS-CoV-2 und gegen Corona-Viren unser Immunsystem dazu bringen, dauerhaft auf viele Jahre hinaus Antikörper gegen die Viren zu bilden, um uns überhaupt effektiv schützen zu können. (<https://conservo.wordpress.com/2020/10/18/viren-panikmache-macht-missbrauch-die-zweite-corona-welle/>).

Zitat:

„Der Virologie Prof. Dr. Hans-Georg Rammensee, Uni-Klinik Tübingen, hat wahrscheinlich einen der wenigen erfolgversprechenden Ansätze bei der Entwicklung eines zuverlässigen Impfstoffs vorgelegt und im Selbstversuch an sich selbst – mit größtem Erfolg – angewendet.“

Vor solchen Medizinern ziehe ich meinen Hut. Er erhält als Professor seinen Beamtenlohn (A16+ ?) und zusätzlich keinen Cent für seine Arbeit. Und seine nicht mit vielen Millionen Euro geölten Forschungen erbringen die ersten nachweisbaren großen Erfolge!

Dem interessierten und medizinisch vorgebildeten Leser empfehle ich seinen überzeugenden **Vortrag** zu diesem Thema unter dem Link: <https://www.youtube.com/watch?v=iy8gZ86seDQ&t=7s> – Thema: „Über die Immunantwort gegen Corona“

Die bisherigen Versuche, dies allein durch Stimulation unseres B-Zell-Immunsystems zu bewältigen, schlugen mehr oder weniger fehl - vgl. das gerade zitierte Video mit Prof. Rammensee von August 2020.

Es mußte den Forschern also gelingen, **unser T-Zell-System zu aktivieren**, um eine dauerhafte Antikörperbildung zu erreichen, möglichst auch breit wirksam gegen alle vergangenen und zukünftigen Virus-Varianten bei Corona-Viren.

Dadurch, daß in chinesischen Militär-Laboratorien durch verschiedene **Fledermäuse in weißen Kitteln** weltweit zahlreiche „Mutationen“ in Umlauf kamen, unter anderem **SARS-CoV-2-D614** (vgl. Bette Korber-a.a.O.) und B.1.1.7. – das von England auf Kontinental-Europa übergreifende Virus – sowie weitere Virus-Abänderungen mit zum Teil wesentlich höherer Infektiosität, **ist es bis heute zumindest fraglich, ob die sog. m-RNA-Impfstoffe BioNTech oder ModeRNA, die gerade bei den älteren Patienten angewendet werden, gegen diese Virusstämme überhaupt Wirkung zeigen.**

Während bei m-RNA-Impfstoffen der geimpfte genetische Virus-Code (m-RNA) zur Herstellung von Kapsel-Spike-Proteinen mittels unserer eigenen intrazellulären Ribosomen („Eiweiß-Fabriken“) diese Eiweiße synthetisieren sollen – in der Hoffnung, daß dann diese in unseren Zellen hergestellten Spike-Proteine dennoch von unserem Immunsystem wenigstens teilweise als fremd erkannt werden mögen, **gibt es dieses Riesenproblem beim neuen Impfstoff aus der Tübinger Universitätsklinik nicht.**

Dieser einzigartige neue Impfstoff, der **NICHT** verwechselt werden darf mit dem **Cure Vac** – Impfstoff (ebenfalls ein m-RNA-Impfstoff aus dem privaten, von Dietmar Hopp u.a. mit über 560 Millionen Euro gesponserten Betrieb in Tübingen), stammt aus der Forschungsabteilung der Tübinger Immunologen an der **Universitätsklinik** unter **Prof. Dr. Hans-Georg Rammensee, Prof. Dr. Helmut Salih und der Privat-Dozentin Dr. Juliane Walz.**

Der Impfstoff funktioniert letztlich über eine Aktivierung unseres immunologischen T-Zell-Abwehrsystems, über welches die auch von den Forschern betriebene **onkologische Immuntherapie bei Krebserkrankungen große Erfolge** verzeichnet.

Im T-Zell-System verankert liegt eine Art „immunologischer ERINNERUNG“ an jedweden bisherigen Kontakt mit Krankheitserregern wie den Corona-Viren – z.B. auch, wenn wir Kontakte hatten zu harmlosen Corona-Viren, die einen leichten Katarrh oder Schnupfen auslösten - vor zehn, zwanzig und mehr Jahren.

Geraten wir nun heute erneut in Kontakt mit Coronaviren – z.B. mit SARS-CoV-2 und mit dessen „Varianten“ – so löst das leider aufgrund der vor Jahren abgelaufenen Schnupfen-Infektion keine zur Bekämpfung von SARS-CoV-2 ausreichende Antikörperproduktion aus. Dazu war der Kontakt zu den Schnupfen-Corona-Viren zu schwach.

Mit Peptiden aus der Virushülle (Peptide=kleine kurzkettige Eiweiße) kann man nun bei einer Impfung die T-Zellen derart **wecken**, daß sie sich an den Jahre zurück liegenden Viruskontakt intensiv erinnern und mit einer ausreichend starken Immunabwehr den neuen Eindringling erfolgreich und sicher bekämpfen. Ich hoffe, ich habe mit meinen laienhaften Worten den Sachverhalt richtig darstellen können.

Es gibt in unserer Welt weit über 1000 verschiedene bekannte Corona-Viren, die meist nur zu einem harmlosen Schnupfen oder etwas Kratzen im Hals führten, wie wir das alle schon einmal erlebt haben.

Vergleichen wir nun einmal bildlich diese verschiedenen Corona-Viren mit Äpfeln, so hatten wir alle bereits Kontakte zu Äpfeln.

Wenn nun SARS-CoV-2 - im Bild - dem Apfel der Sorte „Gala“ entspricht, und wenn wir nur Kontakte zu Boskoop, Golden Delicious oder Elstar hatten, so kann dennoch die Boosterung - die Verstärkung der „Immun“-Erinnerung an vergangene Apfelkontakte - unsere Abwehr „hochfahren“, damit wir die neue Apfelsorte „Gala“ ebenfalls wirksam bekämpfen.

Vom Prinzip her funktioniert so der neue Impfstoff der Tübinger Universitätsklinik. In der Bio-Regio-Stern- Publikation (www.bioregio-stern.de/de/BranchenNews/neuartiger-impfstoff-zur-aktivierung-von-t-zell-antworten-gegen-sars-cov-2-in) wird dies genauer beschrieben:

Zitat 01.12.2020:

**„Neuartiger Impfstoff zur Aktivierung von T-Zell-Antworten gegen SARS-CoV-2 in Erprobung
Universitätsklinikum Tübingen startet Impfstudie gegen das Coronavirus mit eigenentwickeltem Impfstoff.**

Am Universitätsklinikum Tübingen startet in diesen Tagen die klinische Erprobung eines eigenentwickelten Impfstoffs gegen SARS-CoV-2. Im Gegensatz zu den meisten aktuell in Erprobung befindlichen Impfstoffen gegen die COVID-19-Erkrankung zielt der durch die Abteilung für Immunologie (Direktor Prof. Hans-Georg Rammensee) der Universität Tübingen konzipierte Impfstoff CoVAC1 hochspezifisch auf die Stimulierung einer T-Zell-vermittelten Immunantwort gegen SARS-COV-2 ab.

Die durch das baden-württembergische Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst finanzierte klinische Studie erfolgt basierend auf den Arbeiten und unter Leitung von PD Dr. Juliane Walz in der KKE Translationale Immunologie der Medizinischen Klinik (Ärztl. Direktor Prof. Helmut Salih) des Universitätsklinikums.

Das für die Zulassung von klinischen Studien zuständige Paul-Ehrlich-Institut gab am Mittwoch, 25.11.2020 grünes Licht für den Impfstudienstart, ebenso erfolgte die obligatorische Zustimmung der Ethikkommission.“

Quelle: Uniklinikum Tübingen, Immanuel Reimold.

Primäres Ziel der Impfung ist die Aktivierung, die sogenannte Induktion, einer starken und langanhaltenden T-Zell-Antwort gegen SARS-CoV-2, die im Falle einer Infektion die gefürchteten schweren Verläufe der COVID-19-Erkrankung verhindern soll.

„Soweit uns bekannt ist, ist das der erste Impfstoffkandidat, der primär auf die Aktivierung von T-Zellen abzielt“, berichtet Studienleiterin **Juliane Walz**.

„Vorbild“ Krebsimmuntherapie

Die Idee für den neu entwickelten Impfstoff kommt aus der Krebsimmuntherapie, einem der Hauptforschungsschwerpunkte der Tübinger Immunologen. Seit vielen Jahren arbeitet das Team um Prof. Dr. Hans-Georg Rammensee an der Entwicklung sogenannter **therapeutischer Peptidimpfungen für Krebspatienten.**

„Als Peptide werden kurze Eiweiße bezeichnet, die **auf der Oberfläche von Tumorzellen, aber auch auf Virus befallenen Zellen** dem Immunsystem und hier speziell **den T-Zellen** präsentiert werden“, erklärt Hans-Georg Rammensee die biologischen Prozesse, „dies ermöglicht dem Immunsystem, „fremde“ Zellen zu erkennen und diese zu eliminieren.“

Neben dem direkten Angriff von Tumor- bzw. Virus-befallenen Zellen unterstützen T-Zellen die Antikörperbildung. „**Impft man solche Peptide zusammen mit einem geeigneten Immunstimulator, einem sogenannten Adjuvanz, können T-Zellen gezielt gegen Tumorzellen, aber eben auch gegen virusbefallene Zellen aktiviert werden**“, beschreibt Juliane Walz den Vorgang.

Auch das für die Impfstudie verwendete **Adjuvanz XS15** wurde in Tübingen federführend von Forschern um Hans-Georg Rammensee entwickelt – ursprünglich für die Impfungen gegen Krebs. „*In unseren ersten präklinischen und klinischen Untersuchungen haben wir bei Impfungen mit XS15 starke T-Zell-Antworten sowohl gegen Tumor-, als auch gegen virale Peptide beobachtet*“, so Hans-Georg Rammensee.

Warum ein rein T-Zell-basierter Impfstoff?

Daß die T-Zellen eine bedeutende Rolle bei der COVID-19-Erkrankung spielen, wurde von der Arbeitsgruppe von Juliane Walz kürzlich im Fachjournal Nature Immunology beschrieben. Diese Arbeiten bilden auch die Grundlage für die nun beginnende Studie. Im Rahmen der Forschungsarbeiten wurden im Blut von Probanden nach überstandener COVID-19-Erkrankung diejenigen Peptide identifiziert, die für die Erkennung speziell des SARS-CoV-2-Virus durch die T-Zellen von Bedeutung sind.

Zudem wurde gezeigt, daß für eine schützende T-Zell-Immunität gegen SARS-CoV-2 die Erkennung mehrerer dieser Peptide von Bedeutung ist. In einer ersten Verlaufsbeobachtung der Probanden nach sechs Monaten zeigt sich aktuell, **daß die T-Zell-Antworten gegen bestimmte Peptide ausgeprägt und anhaltend bestehen bleiben**, während Ergebnisse eigener und anderer Arbeiten darauf hinweisen, daß die Immunantwort mit Antikörpern, auf welche *die Mehrzahl der in Entwicklung befindlichen Impfungen vorrangig abzielt, rasch nachläßt*.

„Genau die Peptide, von denen wir wissen, daß sie eine bedeutende Rolle bei der Langzeitimmunität nach natürlicher SARS-CoV-2-Infektion spielen, werden nun im **CoVAC-1 Impfstoff** eingesetzt“, erklärt Juliane Walz.

„Darüber hinaus birgt ein rein auf die T-Zellaktivierung ausgelegter Impfstoff auch nicht die theoretische Gefahr einer sogenannten Antikörper-vermittelten Krankheitsverstärkung.“ (Anm.: wie z.B. beim Zytokin-Sturm).

Das mediale Augenmerk liegt derzeit naturgemäß auf den weiter fortgeschrittenen Entwicklungen von Impfstoffen, für welche zeitnah mit einer Zulassung zu rechnen ist.

„In Anbetracht der rasanten Entwicklung ist aber noch unklar, ob ein und ggf. welcher Impfstoff für welche Personengruppe, z.B. für ältere oder vorerkrankte Menschen, einen optimalen Schutz bietet und die bestmögliche Verträglichkeit zeigt.

Am Uniklinikum wollen wir mit unserer Entwicklung dieses neuartigen Impfstoffkonzepts einen Beitrag leisten und möglicherweise erforderliche Alternativen schaffen“, so **Prof. Dr. Helmut Salih**, in dessen Abteilung der Impfstoff erprobt wird.

Eigene Impfstoffproduktion am Uniklinikum Tübingen

Der Impfstoff, der sich aus mehreren der identifizierten SARS-CoV-2-Peptiden zusammensetzt, wird im Wirkstoffpeptidlabor und der so genannten **GMP-Einheit** des Universitätsklinikums Tübingen hergestellt.

Auch hier wird auf die langjährige Erfahrung und Expertise bei der Produktion von Impfstoffen für Krebspatienten zurückgegriffen, die in zahlreichen klinischen Studien eingesetzt wurden.

Über den Ablauf der Studie

Im ersten Teil werden in der KKE Translationale Immunologie gesunde Probanden **zwischen 18 und 55 Jahren** geimpft, im nächsten Schritt dann auch ältere Probanden mit Vorerkrankungen. Die Studie beinhaltet einen Screening Termin, einen Impftermin und sechs Kontrolltermine innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten.

(Zitat): Interessenten für eine Studienteilnahme erhalten weitere Informationen unter:

<https://www.medizin.uni-tuebingen.de/go/covac-1-studie>

E-Mail: covid.kke@med.uni-tuebingen.de

Weitere Informationen

Kontakt:

Universitätsklinikum Tübingen, Medizinische Klinik, KKE Translationale Immunologie,
PD Dr. Juliane Walz, Otfried-Müller-Straße 10, 72076 Tübingen, Tel. 07071 29-88548, E-Mail presse@med.uni-tuebingen.de

Publikation:

Tatjana Bilich, Annika Nelde, Jonas S. Heitmann et al., 2020. Differential kinetics of T cell and antibody responses delineate dominant T cell epitopes in long-term immunity after COVID-19. Research Square, <https://doi.org/10.21203/rs.3.rs-114499/v1>

Quelle: <https://www.medizin.uni-tuebingen.de/de/das-klinikum/pressemeldungen/316>

(Zitat Ende)

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß mit diesem neuen Impfstoff namens CoVAC1 eine Vakzine zur Verfügung steht, die völlig ohne genetisches Material (m-RNA), verpackt in Nanopartikel-Kapseln, auskommt.

Die Gefahr eines impfbedingten Zytokin-Sturms, aber auch die Gefahr der vermehrten Bildung von Auto-Immunerkrankungen und - last not least - die zuverlässige anhaltend gewährleistete Antikörperbildung – auch gegen alle weiteren Corona-„Virus-Varianten“ – scheint nunmehr zuverlässig gegeben zu sein.

Sollte sich in den noch laufenden Studien all das, was sich die Forscher erwarten und im Ergebnis erhoffen, bestätigen, so wäre es unverantwortlich und aufgrund der viel schlechter wirkenden mRNA-Impfstoffe unverantwortlich, diese Impf-Präparate wie BioNTech oder ModeRNA oder Cure Vac weiter anzuwenden.

Wer sich **heute schon** mit CoVAC-1 Impfen lassen will und zwischen 18 und 55 Jahren alt und gesund ist, kann sich unter o.g. Adresse als für die Studie interessierter Kandidat bei Frau PD Dr. Juliane Walz melden.

Sollte sich CoVAC-1 als der am zuverlässigsten wirkende Impfstoff mit den geringsten Nebenwirkungen und dem höchsten Nutzen herausstellen, müßte die Bevölkerung zur Not mit Verfassungsklagen darauf hinwirken, daß man zukünftig nur noch diesen Impfstoff anwendet, wobei ich nicht weiß, in welcher Menge und in welchem Zeitraum der Impfstoff produziert werden kann.

Und sollte der neue Impfstoff tatsächlich gegen alle bisherigen und zukünftigen Corona-Virus-Varianten sehr gut wirken, so bliebe uns allen sehr viel erspart! Vor allem auch die geforderten unsinnigen und nie notwendigen politischen Systemveränderungen der links-grünen „großen Transformation“ und des „Great Reset“ wären mit dem Pseudo-Argument, uns vor weiteren Virus-Pandemien schützen zu wollen, nicht mehr zu begründen.

CoVAC-1 hat also direkt politische Auswirkungen, wenn er sich als deutlich besser und effektiver geeigneter Impfstoff entpuppt.

(Wenn Groß-Investoren bei ihrem favorisierten m-RNA-Impfstoff aufs falsche Pferd gesetzt haben, so werden das die meisten von ihnen (z.B. Bill Gates oder Dietmar Hopp) aufgrund ihres verbleibenden dicken Finanzpolsters gut verkraften.)

Fest steht aber auch, daß bereits Mitte 2020 allen Experten die Forschungsarbeiten der Tübinger Universitätsprofessoren um Prof. Rammensee, Prof. Sahin und Frau PD Walz bestens bekannt waren, noch bevor viele m-RNA-Impfstoffe bestellt worden waren.

Ich hoffe nur, daß die noch von Merkel geführte Bundesregierung sowie die EU-Kommission (Ursula von der Leyen) **für diesen Fall RÜCKTRITTSKLAUSELN** von ihren Bestell- und Kaufverträgen mit BioNTech, ModeRNA und Cure Vac abgeschlossen hatten....denn es ist nicht hinnehmbar, daß m-RNA-Impfstoffe bestellt wurden mit Unsummen von Steuergeldern, mit Millionen von Euro, die dann ja wohl im „*Kamin der Großen Transformation*“ in Kürze einfach mal verbrannt werden wie damals die nicht angewendeten Dosen bei der Schweinegrippe-Impfung - in Hochöfen in Magdeburg - im Wert von **130 Millionen Euro!**

Ich hoffe, Frau Merkel erinnert sich noch an ihre damaligen Fehl-Entscheidungen, die sich heuer zu wiederholen scheinen. Schade um das viele Geld, das so vielen armen Rentnern bei uns das Überleben garantiert hätte. (Vgl.: www.bild.de/news/inland/schweinegrippe-impfung/hier-verbrennen-130-mio-euro-21279066.bild.html)

Für alle an weiteren Detail-Informationen zu CoVAC-1-Interessierten hier weiterführende Links:

https://www.researchgate.net/publication/344446777_SARS-CoV-2-derived_peptides_define_heterologous_and_COVID-19-induced_T_cell_recognition
www.medizin.uni-tuebingen.de/de/das-klinikum/pressemeldungen/316

RESEARCH ARTICLE

Differential kinetics of T cell and antibody responses delineate dominant T cell epitopes in long-term immunity after COVID-19

www.researchsquare.com/article/rs-114499/v1

Wachsender Unmut im Mittelstand über die schleppende Auszahlung der staatlichen Corona-Hilfen

Von Peter Helmes

Derzeit werden immer neue Vorgaben oft eher bloß verkündet, möglichst streng – so sehr, daß die üblichen Verrückten bereits raunen, der Politik gefalle das Corona-Diktat. Wie wäre also ein kleiner Stilwechsel: Alle Härte gegen das Virus – jedoch gepaart mit etwas mehr Empathie, wie schwer uns das allen fällt.

Politik wird unglaublich, wenn Versprechen und Realität auseinanderklaffen. Die Minister Scholz und Altmaier versprochen, schnell, großzügig und unbürokratisch zu helfen. Daran müssen sie sich nun messen lassen, besonders Olaf Scholz, der für die SPD im diesen Jahr ins Kanzleramt einziehen will. Bis Mitte Januar hat nur ein Bruchteil der Unternehmen Anträge stellen können und Abschlüsse bekommen.

Der offenbar überforderten deutschen Bürokratie scheint es nicht zu gelingen, eine schnelle und unbürokratische Hilfe zu gewährleisten. Es nützt aber nichts, wenn der Bund einen riesigen Schuldenberg auftürmt, in der Praxis aber fast nichts davon bei den Unternehmen ankommt. In einer solchen Situation darüber nachzudenken, wie die Wirtschaft weiter eingeschränkt werden könnte, ist deshalb nicht zielführend und auch nicht finanzierbar.“

Das sorgt besonders in der Union für Nervosität.

Mittelständler sind eine wichtige Wählergruppe von CDU und CSU, Steuerberater ebenso. Aus dem Einzelhandel werden schon die ersten Forderungen laut, die geschlossenen Geschäfte in den Städten wieder zu öffnen. Friedrich Merz wirbt wenige Tage vor der Wahl des neuen CDU-Vorsitzenden ebenfalls für Lockerungen. Auch er ahnt: Die Stimmung in der Wirtschaft könnte bald kippen.

Viele Tausend warten sehnsüchtig auf die Mittel, die sie möglicherweise in Lockdown-Zeiten vor dem Ruin bewahren können. Das ist nicht nur ärgerlich, das ist ein Skandal. Denn hier spielt man mit einer großen Anzahl von Existenzen, weil die Antragstellung viel zu kompliziert ist, es vielerorts an Ansprechpartnern fehlt und weil die Prüfdauer sich schier endlos in die Länge zieht. Nicht die Rede also von ‚schnell und unbürokratisch‘, wie man es in Politikerreden zu solchen Themen so gerne vernimmt.

Politik wird unglaublich, wenn Versprechen und Realität auseinanderklaffen. Bis Mitte Januar hat nur ein Bruchteil der Unternehmen Anträge stellen können und Abschlüsse bekommen. Es ist aber nicht die Langsamkeit an sich, die zum Problem geworden ist, sondern die Tatsache, daß die Minister Scholz und Altmaier ein Versprechen gegeben haben, von dem sie hätten wissen müssen, daß es nicht einzuhalten ist. Kein Wunder, daß sie nun aussehen wie überforderte Politiker, die Beruhigungsmittel verteilt haben.

Bevor der Staat darüber nachdenkt, per Gesetz die Wirtschaft stärker in die Coronaschutzpflicht zu nehmen, sollte er lieber seine eigene Organisation auf Vordermann bringen. Bund, Länder und Gemeinden beschäftigen Hunderttausende von Menschen. Dieses Potenzial fürs Homeoffice zu nutzen, lohnt sich. Durch entsprechende digitale Ausrüstung – und die eine oder andere Dienstanweisung von oben. Die öffentliche Verwaltung könnte einen solchen Flexibilisierungsschub auch über die Coronakrise hinaus gut gebrauchen.“

(Siehe auch: <https://philosophia-perennis.com/2021/01/13/wir-haben-nichts-mehr-zu-verlieren/>)

Wie blind sind wir eigentlich? – Konfuzius-Institute an deutschen Unis, ferngesteuert von Chinas KP?

Von Peter Helmes

China wirbt über seine Konfuzius-Institute auch in Deutschland für seine Sprache und Kultur und – unausgesprochen – besonders für seine Politik. Die (derzeit 19) Institute sind in Deutschland eingetragene Vereine, die überwiegend an Hochschulen angesiedelt

sind. Zuletzt wurde Anfang Juli an der Universität Göttingen das weltweit erste Akademische Konfuzius-Institut eröffnet.

Fungieren diese „Peking-Außenstellen“ auch als Akteure in der Soft-Power-Politik Chinas? Sie sollen „dem Austausch, der Kooperation und auch einem kritischen Dialog zwischen Chinesen und Deutschen dienen“, wie es in gewohntem Regierungs-Deutsch heißt.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Der Kommunistischen Partei Chinas wird hier mit deutschen Steuergeldern ermöglicht, unverbrämt ihre chinesisch-kommunistische Propaganda auszubreiten. Kritiker stellen zunehmend die Unabhängigkeit der deutschen Forscher bei dieser Zusammenarbeit infrage.

Finanziert von chinesischen und deutschen Institutionen

Der Status der Konfuzius-Institute ist außergewöhnlich. Nach Informationen der Bundesregierung stellt die chinesische Kulturorganisation „Han Ban“ Geld, Dozenten und Lehrmaterial zur Verfügung. Deutsche Universitäten bieten die Infrastruktur, vor allem Räume. Direktoren sind je ein deutscher und ein chinesischer Wissenschaftler. Für Ausstellungen oder Veranstaltungen beantragen die Institute Finanzmittel bei chinesischen **und** deutschen Institutionen.

Lange Zeit hat sich die Sinologie nur mit der Interpretation vormoderner Texte beschäftigt. Mit der wachsenden Aktivität der Konfuzius-Institute soll sich dies ändern. Nun öffnen sie sich für neue Fragen. In Vortragsreihen und auf Konferenzen will man Forschungserkenntnisse über Wirtschaft und Gesellschaft des modernen China vermitteln. Tabus gebe es im Umgang mit den chinesischen Partnern keine, versichert treuherzig der Professor für chinesische Fachdidaktik an der Universität Göttingen, Henning Klöter.

Die KP-CH zahlt direkt

„Wir sind uneingeschränkt autonom, das heißt, das Lehrprogramm, das wir anbieten, das entscheiden wir nach wie vor selbst. Natürlich sind wir jetzt im Bereich von ganz konkreten Veranstaltungen, die werden gemeinsam durchgeführt, aber das ist in Ergänzung zum bestehenden Programm, da sind wir nach wie vor Herr im eigenen Haus. Von der Situation in Deutschland weiß ich jetzt keinen konkreten Fall, wo es wirklich eine tatsächliche Beeinflussung gegeben hat.“ (Klöter)

Die Wirklichkeit: Die Konfuzius-Institute werden, anders als etwa die deutschen Goethe-Institute, nicht vom Staat nach einsehbaren Kriterien aus Steuermitteln finanziert. Das gute Dutzend deutscher Hochschulen, die ein Konfuzius-Institut eingerichtet haben, erhalten Zuwendungen – zur Zeit jeweils rund 100.000 Dollar im Jahr – auch direkt von der Kommunistischen Partei Chinas.

Auslands-Propaganda und PR-Arbeit

Mit kann es auch in Klartext sagen: Die Konfuzius-Institute werden also nicht vom chinesischen Staat bezahlt, sondern von einer politischen Partei. Von einer Organisation, die eine Interessenvertretung ist und die diese Konfuzius-Institute im Rahmen ihrer Auslands-Propaganda oder PR-Arbeit betreibt. Damit werden die ausländischen Beteiligten paralyisiert, da sie eben chinesisches Geld nehmen. Alle menschliche und politische Erfahrung besagt, daß solche Beteiligten die chinesischen Sichten – und Sprachregelungen – übernehmen („wes´ Brot ich eß, des´ Lied ich sing“).

Die obersten Prinzipien hinter jedem Forscherdrang, nämlich Transparenz und kritisches Hinterfragen, werden damit ad absurdum geführt.

Die Konfuzius-Institute unterstehen weltweit der 70-jährigen stellvertretenden Ministerpräsidentin Sun Chunlan. Sie gilt als eine der einflußreichsten Politikerinnen Chinas und ist derzeit die einzige Frau im 25-köpfigen Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Gleichzeitig ist sie als Leiterin der ZK-Abteilung für die Einheitsfront tätig.

Wer auch nur einen kleinen Einblick in die Bedeutung der kommunistischen Nomenklatura hat, versteht angesichts dieser Personalie sofort die politische Rolle und Bedeutung der Konfuzius-Institute.

Es ist auf jeden Fall Teil einer chinesischen „Charmeoffensive“, mit der man versucht, das nicht sehr positive Chinabild zu verbessern. Und da fragt man sich unwillkürlich, inwieweit es noch eine Unabhängigkeit bei der Darstellung der Situation in der Volksrepublik gibt, wenn der Auftritt des Institutes eher den Eindruck macht, es sei ein Propaganda-Instrument. Worauf sich sofort die nächste Frage anschließt: Ist es Aufgabe der deutschen Politik – und Steuerzahler – China dabei zu materiell und politisch zu unterstützen? Dahinter würde ich drei Fragezeichen setzen.

Heikle Fragen sind tabu

Auch bei dieser Frage hilft ein Blick weg von der Propaganda und hin zur Wirklichkeit: Man kann bereits jetzt in sehr vielen Konfuzius-Instituten feststellen, daß systematisch gewisse „heikle“ Punkte ausgeblendet werden. **Dazu zählen z.B. die Tibetfrage oder die Frage nach der Gewalt im Nordwesten Chinas, das Verhältnis zu Taiwan, Datenschutz in China oder die Menschenrechte allgemein und besonders der Uiguren Wie steht es um das sehr breite Engagement der Zivilgesellschaft?** Diese Fragen gehören einfach dazu, wenn man ein realistisches Bild der Volksrepublik China entwickeln will – aber sie werden umgangen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jens Brandenburg brachte mit einer parlamentarischen Anfrage Unruhe ins deutsch-chinesische Verhältnis. Das Thema: „Die Aktivitäten chinesischer Konfuzius-Institute an deutschen Hochschulen“. In der Antwort des Bundesbildungsministeriums vom 25. November '20 heißt es,

die 19 Institute dienen als „wichtiger Akteur in der Soft Power-Politik Chinas“ der „Diplomatie chinesischer Prägung“.

Brandenburg will das nicht länger hinnehmen: **„Was nicht in Ordnung ist: daß wir weiterhin mit deutschen Steuergeldern an den Hochschulen der Kommunistischen Partei Chinas eine Plattform bieten, ihre Propaganda – politisch gesteuert – direkt auszubreiten. Das hat an deutschen Hochschulen nichts verloren“**, so Jens Brandenburg.

Das erste Konfuzius-Institut in Deutschland gründeten 2006 deutsche und chinesische Wissenschaftler an der Freien Universität Berlin (FU). Die deutsche Direktorin war bis Ende vergangenen Jahres die Sinologin Mechthild Leutner, emeritierte Professorin an der FU. Leutner bestreitet (im Dlf), daß die Institute von der Kommunistischen Partei Chinas gesteuert werden:

„Das ist inkorrekt. Das ist so nicht richtig. Unabhängig davon, dass wir eine eigenständige Vereinigung, ein gemeinnütziger Verein sind, unabhängig davon ist das Konfuzius-Institut-

Headquarter, also das entsprechende Büro in Peking, dem Bildungsministerium unterstellt. Das hat mit dem Han Ban, das ist die Abteilung für die Verbreitung der chinesischen Sprache im Ausland, nichts zu tun. Das sind zwei Parallel-Abteilungen im Bildungsministerium.“

Kulturbehörde „Han Ban“

Auf ihrer Internetseite stellt sich die Kulturorganisation „Han Ban“ als eine nachgeordnete Behörde des chinesischen Bildungsministeriums vor. Eine von 20 untergeordneten Abteilungen dient den Konfuzius-Instituten in Europa. Hauptaufgabe des Instituts sei, die chinesische Sprache zu verbreiten.

Dagegen schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf Jens Brandenburgs Anfrage, Han Ban sei „dem Zentralen Propaganda-Department der Kommunistischen Partei Chinas unterstellt“.

Jens Brandenburg von der FDP:

„Dahinter versteckt sich aber eine eiskalte Propaganda des chinesischen Regimes, die eine, wie uns die Bundesregierung bestätigt hat, direkte Einflußnahme auf Lehrmaterialien, auch auf die Art der Veranstaltungen und Unterrichtsinhalte, ausüben.“

Brandenburg beruft sich auf die Antworten der Bundesregierung auf seine parlamentarische Anfrage. Darin heißt es, die Konfuzius-Institute sollten nach dem Willen der chinesischen Regierung dem „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ dienen.

„Die haben einen ganz klaren Auftrag zum Beispiel zum Aufbau einer sozialistischen Kultur im Ausland. Das sind also nicht nur Sprachlehrer, sondern auch politische Agenten, die das chinesische Bild des Regimes dort im Ausland verbreiten sollten.“

Angesichts der auch außenpolitischen Konturlosigkeit der Bundesregierung wird man wohl vergeblich erwarten dürfen, daß sich Berlin dieser Herausforderung stellt und Peking angemessen gegenübertritt. Zumindest in einem Punkt müßte Klarheit hergestellt werden: Hochschuleinrichtungen auf deutschem Boden sollten der deutschen Aufsicht unterliegen.

Deutsch zum Verdruß: Jetzt auch noch gendergerechter Online-Duden

von Peter Helmes

Offenbar vollends dem Gender-Unsinn verfallen

Viele meiner Leser wissen, daß ich den Politik-Blog „*conservo*“ betreibe (www.conservo.wordpress.com). Unter der Überschrift „*Warum ich conservo gründete*“ des Kapitels zur Begründung für die Einführung dieses Blogs (anno 2010) heißt es u.a.:

„Wo stehen wir denn heute, wenn aus „Vater“ und „Mutter“ „der Elter“ und „die Elter“ werden sollen? Wenn wir nicht mehr „Mann“ und „Frau“ sein dürfen, sondern von Natur aus alle gleich zu sein haben – und nur durch („falsche“) Erziehung zu Mann und Frau wurden? Wie verrückt sind wir eigentlich, diesem „Gender-Mainstream“ nachzulaufen, der solchen Unsinn produziert und nach dem wir an „DEN, DIE, DAS Jesus“ beten können sollen? (...)

(...) Ich verwende ganz bewußt kein „Genderdeutsch“, ...

...z. B. auch, weil es im richtigen Deutsch den sog. Gattungsbegriff gibt. „Die Schüler“ erfassen eben auch die Schülerinnen. Um die Absurdität des Genderdeutchs zu entlarven,

*zwei Begriffe: „Pferd“ und „Grüne“. Genderkonsequent müßte man (im Plural) also sagen: „Pferde und Pferdinnen“ (oder noch umständlicher: „Hengste und Stuten“) und „Grüne“ und „Grüninnen“. Zusätzlich will man mich zwingen, „Gender-Sternchen“ – oder auch „Gendersternchen plus Bindestrich“ zu benutzen („Grün*Innen“), erzählt mir aber nicht, wie ich sie aussprechen soll, ohne die Zuhörer verrückt zu machen.*

Will heißen, mir ist der Sprachfluß wichtiger als die Rücksichtnahme auf die „sexuelle Vielfalt“. Schließlich ist Deutsch eine gewachsene, fließende Sprache und kein konstruiertes Kompositum aus (zu allem Unheil auch noch überwiegend) Hauptwörtern. Genderdeutsch macht den Sprachfluß zunichte und zerstört damit ein Stück deutscher Identität – was wohl die Absicht der Erfinder dieses Sprachmordes ist.“

Soweit der Text auf *conservo*. Nun interessiert das den Duden gewiß nicht, weil für ihn unverbindlich. Er, den bisher Generationen von Lesern als *DAS* korrekte Deutsch-Nachschlagewerk ansehen, ist nun offensichtlich dem Genderwahn verfallen. Was bisher galt, gilt nicht mehr. Jetzt heißt es: Aus die Maus – ohne Geschlechterzuordnung läuft nix!

Exzentrisches Duden-Sprachlabor

Die Duden-Reaktion will mit der Praxis aufräumen, bei der Angabe eines Begriffes grundsätzlich das „generische Maskulinum“ anzuführen. „Mieter“ reicht nicht mehr, es muß auch eine „Mieterin“ her. Dito „Handwerker“, „Apotheker“, „Lehrer“ usw., obwohl Begriffe wie diese alle Geschlechter umfassen.

Schon gar nicht mehr lustig ist die dazu geplante Erläuterung: Künftig ist der „Mieter“ nicht mehr „jemand, der etwas gemietet hat“, sondern er gilt nun als „männliche Person, die etwas gemietet hat“. Entsprechend lautet die Bedeutung von „Mieterin“ in Zukunft „weibliche Person, die etwas gemietet hat“. Damit hat das „generische Maskulinum“ ausgedient.

Der Duden plant also, rund 12.000 Artikeln über Personen- und Berufsbezeichnungen jeweils einen zweiten, weiblichen hinzufügen. Im Laufe dieses Jahres soll nach den (wohl feststehenden) Plänen der Duden-Redaktion das gesamte Online-Wörterbuch überarbeitet werden. Damit würde faktisch das generische Maskulinum verschwinden.

Inzwischen ist es in vielen Redaktionen in einem Akt vorauseilender Reformitis schon fast normal, nicht immer nur auf die männliche Formulierung zurückzugreifen. Trotzdem wird das generische Maskulinum immer noch deutlich bevorzugt – nicht selten aus profanen Gründen. Bisher wurde unter „Mieterin“ auf die männliche Form verwiesen. Das Wort „Mieter“ stand für das generische Maskulinum, das alle Geschlechter umfaßt und damit als geschlechtsneutral galt.

Kathrin Kunkel-Razum, Leiterin der Duden-Wörterbuchredaktion, beschreibt (äußerst verschurbelt) den Wandel in der Redaktionspolitik so:

„Wir sehen in der Kernbedeutung tatsächlich die Beschreibung eines Geschlechts und zwar in der Symmetrie zur weiblichen Bezeichnung. Das heißt nicht, dass wir leugnen, dass es stärker generische Verwendungen gibt im Sinne von ‚zum Arzt gehen‘ oder ‚die Ärzte dieses Krankenhauses operieren‘. Wobei wir letzteren Fall schon für kompliziert halten, weil man dann eben tatsächlich nicht genau weiß: Sind da auch Frauen beteiligt oder nicht?“

Kein Zwang zum Gendern?

Ja, liebe Leser, da ich nicht (allzu) blauäugig bin, kann ich mir gut vorstellen, daß bald auch das „**Gender-Sternchen**“ in den Duden kommt. Noch ist es nicht so weit. Glaubt man Kathrin Kunkel-Razum von der Duden-Redaktion, dann wird das Sternchen nicht in den Duden-Rang erhoben. (Ich sag derweil mal vorsichtig: „**noch nicht**“!)

„Der Duden hat das Sternchen generell nicht eingeführt. Wir äußern uns zum Sternchen an verschiedenen Stellen und ansonsten plädiert Duden nach wie vor dafür, so wie wir das schon seit mehreren Jahren machen, alle Möglichkeiten geschlechtergerechter Sprache zu nutzen. Das empfehlen wir auch in den drei Ratgebern, die wir zu diesem Thema inzwischen aufgelegt haben, und da ist das Sternchen ja nur eine von vielen Varianten.“

Die wehrte Dame unterschätzt wohl die „magische Kraft des Faktischen“, die auch – und gerade – im Sprachbereich gilt. Je mehr innerhalb der Redaktion gegendert wird, desto eher wird „Gendern“ zur Duden-offiziellen Sprache – auch mit Sternchen.

„Irreführung des Lesers“

Die Absicht der Duden-Redaktion ist auch für den (auch von mir unterstützten) „Verein Deutsche Sprache“ (VDS) eine „Irreführung des Lesers“: *Mieter, Arzt, Schüler* „sind **sowohl** spezifisch männlich **als auch** generisch, also geschlechtsneutral, verwendbar.“ Genau so gebrauche diese Wörter die Sprachgemeinschaft. Der Duden wisse sehr wohl, daß die neuen Definitionen falsch sind. Das sei „völlig unverantwortlich“, die Duden-Redaktion sei dem „aktuellen Gender-Unsinn“ offenbar vollends verfallen.

Mit den so geänderten Definitionen wird die sprachliche Realität eben nicht abgebildet. Damit mißbraucht der Duden seinen Einfluß. Ein Wörterbuch sollte den Sprachgebrauch dokumentieren, aber nicht versuchen, ihn zu verändern.

Der Kommentar im neuen VDS-Rundschreiben (Verein Deutsche Sprache):

„Gegenderte Berufsbezeichnungen hört man zwar dauernd, aber stets aus denselben Quellen, den Medien. So wie es Kreise gibt, die einem bekannten Politiker zugestehen, dass er Frauen in den Schritt greifen dürfe, so gibt es Meinungsblasen, die ihre Auffassung in einer – kaum noch bestrittenen – soziologischen Frage mit dem mehrheitlichen, allgemeinen Sprachgebrauch vermengen. Das tun sie erklärtermaßen mit Absicht. Offenbar muss die dumme Mehrheit der Bürger so lange belehrt werden, bis auch sie redet, wie es sich gehört. Ob Umerziehung der Mehrheit Aufgabe der Medien ist, sei nur am Rande gefragt. Bei der Musikauswahl im Radio berufen sich die Medien auf die Wünsche der Mehrheit ihrer Hörer.“

Also was nun?

Die so vom Gendern Bewegten verwirbeln zwei Dinge, die wenig miteinander zu tun haben. Wer hat denn noch etwas dagegen, die Sache der Frauen zu stärken? Trotzdem lehnen die meisten das Gendern ab, auch die Frauen. Am Ende richtet sich der Zorn der Lernunwilligen gegen die Frauen, die zwar nichts dafür können, aber kaum zu Wort kommen. Einstweilen ernten die Frauen Lippenbekenntnisse, mehr nicht“. (ob)

(Quelle: VDS e. V.: Infobrief vom 08.01.21)

Meine Schlußbemerkung beschreibt den Irrsinn der Duden-Redaktion in *einem* Satz:

Das Festhalten am generischen Maskulinum würde 12.000 zusätzliche Wörterbuchartikel überflüssig machen und den Lesern das Sternchen ersparen.

Ich könnte wetten, daß der Duden dies ignorieren wird.

China und das Weltwirtschaftsforum

*Von Dieter Farwick, BrigGen a.D. und Publizist *)*

Die entscheidenden Persönlichkeiten in dem Weltwirtschaftsforum in der Schweiz sind der chinesische Parteichef und „Kaiser von China“ Li Jinping sowie Klaus Schwab, der deutsche Professor und Gründer des Weltwirtschaftsforums in Davos im Jahre 1971.

Über die Jahre hat Klaus Schwab ein globales Imperium aufgebaut, das zunächst unterschätzt wurde. Schwab hat bedeutende Persönlichkeiten als Unterstützer, Mitglieder, Sponsoren und Geldgeber gewinnen können – von Bill Gates bis Antonio Guterres, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Sein Imperium hat Büros in den wichtigsten Metropolen der Welt – so auch in Peking. 1000 bedeutende Konzerne spinnen sein Netz über den Globus. Das WEF hat insgesamt 800 Angestellte.

Das Highlight ist das Jahrestreffen – bisher in Davos, 2021 erstmalig bei Luzern.

Die Schweizer Armee sichert den Tagungsort seit Jahren auf dem Land und in der Luft mit vielen Soldaten weiträumig ab für die jährlich bis zu 3000 Teilnehmer. Diese lassen es sich nicht nehmen,

auf der Parade der Spitzenpolitiker zu erscheinen – auch wenn es nur für Stunden ist. Man gehört zur Elite der Welt – zu den „Erleuchteten“. Die großen Medien schreiben und senden ihre Kommentare in die gesamte Welt.

Deutsche Spitzenpolitiker – von Merkel über von der Leyen bis hin zu Schäuble – sehen in der momentanen Pandemie eine Krise, die Reformen erleichtert – auch den „Great reset“.

So war es auch im Januar 2017 in Davos

Prof. Schwab gelang ein besonderer PR- Coup: für sein Unternehmen und für den „Kaiser von China“ Li Jinping.

Seit Jahrzehnten wird der amerikanische Präsident am 20. Januar in sein Amt in Washington D.C.

eingeführt. Schwab hätte seine Veranstaltung verschieben können – und müssen, um den neuen/alten Präsidenten der Weltöffentlichkeit mit einer Grundsatzrede zu präsentieren. Allerdings war Schwab nie ein besonderer Anhänger der Vereinigten Staaten und des im November des Jahres gewählten Präsidenten Donald Trump. Ein Affront.

Schwab hatte einen genialen Einfall: Er „erklärte“ Donald Trump als unabhömmlich und präsentierte den „Kaiser von China“ als „guest speaker“ am 17. Januar 2017. Jinping präsentierte sich als „Hüter des freien, fairen Welthandels“ - unabhängig von der wirtschaftlichen Stärke und seiner finanziellen Mittel. Er propagierte die „Vierte industrielle Revolution“, die die Interessen der Wirtschaft mit den Interessen der Menschen in Harmonie bringen sollte.

Er bekam vor Ort rauschenden Beifall. Die Teilnehmer waren begeistert von den Seitenhieben auf Donald Trump, dem er an erster Stelle unfairen Protektionismus vorwarf.

Diese Message ging um die Welt. Der virtuelle und informelle Führer der „neuen Weltordnung“ war geboren. Er hatte eine „carte blanche“ gezogen.

Studiert man heute in Ruhe die Rede von Li Jinping vor dem Hintergrund der aggressiven

Weltpolitik und den rigiden Unterdrückungsmaßnahmen – besonders der islamischen Muslime in Xinjiang, der Entwicklung zum totalen Überwachungsstaat mit Bewegungs- und Gesichtserkennung in Sekunden, der Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit inkl. im Internet und jüngst die Zerschlagung des Sonderstatus von Hongkong, u.a. mit Gefängnisstrafen für Studierende, das verstärkte Säbelrasseln gegen Taiwan, die weitverbreitete Korruption bis in die Spitzen der Parteiführung und Besitzer hoher Ämter in Staat und Militär, die Vertuschung des Coronaausbruchs um Wochen – fragt sich der Leser, was ist damals in Davos im Januar 2017 geschehen? Eine kollektive Gehirnwäsche? Das kann es nicht sein, da etliche Stichworte des Vortrages von Li Jinping wieder in dem jüngst erschienen Buch von Prof. Schwab und in vielen Politikerreden zu hören sind – auch von Antonio Guterres, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Der „Great Reset“ (Der „Große Neustart“)

Es ist erstaunlich, wie wenig über den „Great Reset“ in Deutschland informiert und diskutiert wird.

Es wäre die vornehme Aufgabe der Regierungen in Bund und Ländern, die deutsche Öffentlichkeit über die tektonischen Verwerfungen, die ein Abkommen für uns alle bringt, frühzeitig zu informieren.

Eine löbliche Ausnahme ist die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“, mit brisanten Themen, die sie kritisch betrachtet. Professor David Engels schreibt in seinem Gastkommentar „Zwei Ideen fusionieren“ u.a.:

„Gerade jene Konzerne, die am ehesten das liberale Ideal des „Selfmademan“ bedienen, wie etwa

Google, Facebook, Twitter, Microsoft, Amazon oder selbst Ikea, treten klar für ein kulturell wie politisch links verankertes Weltbild ein. Sie sind gegenwärtig die wichtigsten Kräfte hinter dem pseudo-sozialistischen „Great Reset“, also der schon seit längerem angestrebten, nun mit Hilfe der Corona-Krise beschleunigten und mit schönen Worten wie Klimaschutz, Toleranz, Multikulturalismus, Selbstentfaltung und Gleichberechtigung bemäntelten Umgestaltung unserer Gesellschaft“ (s. „Junge Freiheit“ vom 6. Dezember 2020).

Die „großen Medien und die Regierung schweigen dazu.

In meinen Augen wird das Abkommen zu einer Diktatur der Supereichen werden.

Nationalstaaten, die gerade in der Corona-Pandemie wieder an Bedeutung gewonnen haben, sollen – wie die Mittelschicht – verschwinden. Auf der anderen Seite soll die „Corona-Pandemie“ den Umbruch beschleunigen, da die getroffenen politischen Maßnahmen – wie Einschränkungen während der Pandemie - weite Teile der Bevölkerung schon in die Passivität treiben. Sie werden sich nicht mehr wehren.

Es soll eine kleine Oberschicht geben, die als Weltregierung die „neue Weltordnung“ gestalten soll. Die große Masse soll durch staatliche Versorgung ruhig gestellt werden. „Für Brot und Spiele“ wird gesorgt.

Ist das alles?

Was können wir als mündige Bürger noch tun?

Ich hoffe, dass es noch Chancen gibt, die Katastrophe zu verhindern – auch im Blick auf unsere Kinder und Enkelkinder, denen wir vernünftige Zukunftschancen übergeben müssen.

Innere und äußere Sicherheit sind die beiden Seiten der Medaille: wehrhafte Demokratie. Beide Säulen sind angeschlagen.

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen steht auch in Zeichen der Corona-Pandemie im Bund und in den Ländern **noch** hinter den Regierungen, obwohl die konstruktiv-kritischen Stimmen zunehmen. Die von den Regierungen angeordneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie werden überwiegend eingehalten. Es gibt Kritik an den Entscheidungen, die häufig zu generellen Maßnahmen führen, die zu wenig die speziellen und regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

Das föderale System hat das Ansehen von Bund und Ländern deutlich beschädigt. Die Länder verteidigen den Föderalismus und ihre Rechte. Sie verhindern in der Krise schnelles und gemeinsames Handeln – nicht nur im Bereich der Bildung.

Spätestens im etwas ruhigeren Sommer haben es Bund und Länder nicht geschafft, einen „Bildungsnotstand“ zu erklären – mit einer zeitlich begrenzten Einschränkung der Befugnisse der Länder. Im Bund sollte ein „Notparlament“ die notwendigen Beschlüsse fassen.

Die chaotische Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien und deren nachgeordneten Behörden haben zu einem gravierenden Vertrauensverlust geführt, der durch – auch gewaltbereite – Demonstrationen ausgenutzt wird. Mit dem Staat verlieren Polizisten und Rettungspersonal ebenfalls an Ansehen und Respekt. Die Polizeiführungen vermissen den notwendigen Rückhalt der Regierungen, bei denen der Wunsch nach „De-Eskalation“ zu häufig im Vordergrund steht.

Die Tatsache, dass Gerichte wiederholt die Entscheidungen und Maßnahmen der Regierungen aufheben, verstärkt den Vertrauensverlust, der nur schwer und langfristig zu beheben ist. Auf der anderen Seite erleichtert er subversive De-Stabilisierung von außen – die zu wenig beachtet und zu wenig bekämpft wird.

Die Fähigkeit unseres Staates, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden auch militärisch zu verteidigen, hat in den letzten 15 Jahren schwer gelitten. Unsere Bundeswehr gilt seit Jahren als „bedingt einsatzbereit“.

Die NATO ist auch durch die Unterlassungssünden Deutschlands geschwächt. Bei den Sicherheitskonferenzen in München verkünden deutsche Spitzenpolitiker, dass Deutschland bereit ist, in Fragen der Sicherheit mehr Verantwortung zu übernehmen. Nette Versprechungen, denen bis heute die notwendigen Kräfte und Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Die „wehrhafte Demokratie Deutschland“ ist so schwach geworden, dass Erpressungen und Einschüchterungsversuche von innen und außen erleichtert werden. Der in Umfrage festgestellte Behauptungswillen und die Verteidigungsbereitschaft sind bereits heute unbefriedigend.

Im Rahmen von „hybrider Kriegsführung“ sind manche Einfallstore bereits geöffnet. Jeder potentielle Eroberer freut sich über ein „Mehr“ an weißen Fahnen der Kapitulation. Die europäischen Verteidigungsanstrengungen sind zu vernachlässigen, auch wenn deutsche Spitzenpolitiker von einer autonomen europäischen Verteidigungsfähigkeit träumen mögen.

Die EU ist gespalten – politisch und wirtschaftlich. Sie ist kein „Global Player“ mehr. Dieser Schaden ist mit einigen kosmetischen Korrekturen nicht zu beheben.

Die häufig erkennbare Unterwerfung einiger europäischer Staaten unter die Fuchtel Chinas schwächt auch die Abwehr des „Great Reset“, der kein Selbstläufer ist.

Dazu später mehr.

Auch in der neueren Geschichte der Menschheit – z.B. im Kommunismus und Sozialismus oder im Islam – hat es wiederholt Versuche gegeben, den „neuen Menschen“ zu schaffen. Sie sind unter großen Opfern gescheitert. Allerdings bleibt der Islam eine Bedrohung für unsere Art zu leben.

Äußerungen von deutschen Spitzenpolitikern, der Islam gehöre zu Deutschland, sind mir unverständlich.

Einige Staaten leiden noch heute mit ihren Menschen unter den Irrwegen verschiedener – ismen.

Zum Glück gibt es noch Menschen auf dem Globus, die als Individuen leben wollen. Sie wollen anders sein als andere. Sie wollen ihr eigenes Leben gestalten. Ihre Gestaltungsfreiheit soll dort enden, wo sie den Freiraum anderer Menschen gefährden.

Diesen Lebensstil will der „Große Neustart“ vernichten.

Li Jinping und Prof. Schwab wollen beide die „Weltherrschaft“ - die Macht über uns Menschen.

Das dürfen wir nicht kampflos hinnehmen.

Wir müssen unsere Kinder und Enkelkinder immunisieren gegen Fanatiker, indem wir sie von den Vorteilen unserer demokratischen Grundordnung – trotz vorhandener Mängel – überzeugen.

Wir dürfen ihnen allerdings mögliche Hindernisse auf ihrem Lebensweg nicht ersparen. Im Gegenteil – wir müssen sie lehren, Hindernisse zu überwinden.

Diese Aufgaben können nicht allein den Eltern überlassen bleiben. Lehrer und besonders Lehrerinnen, die in vielen Lehrkörpern die Mehrheit bilden, sollten den Mut entwickeln, klare Forderungen zu stellen. Das gilt auch für die beiden Staatskirchen, die in den letzten ihren Erziehungsauftrag vergessen haben. Die hohen Zahlen der Kirchenaustritte haben die Kirchenfürsten nicht veranlasst, über diese Tatsachen nachzudenken und mit den verbliebenen Gläubigen zu diskutieren - einschl. der sexuellen Straftaten und ihren Ursachen.

Das erzieht zu Demut, die heute zu wenig vorgelebt wird.

In der Erziehung darf es nicht darum gehen, in den Bildungseinrichtungen bei Benotungen um Stellen hinter dem Komma zu kämpfen.

Wir müssen Persönlichkeiten anstreben, die physisch und psychisch robust genug sind, gegen Widerstände zu kämpfen.

Bei der Auswahl politischer Kandidaten muss wieder stärker auf den Charakter sowie zivilberufliche Erfolge über einen längeren Zeitraum – z.B. fünf Jahre – geachtet werden. Eine Laufbahn über Kreissaal, Hörsaal und Plenarsaal sollte es nicht mehr geben. Kenntnisse in Digitalisierung und Automatisierung mit Hilfe der „ künstlichen Intelligenz“ sind so wichtig wie die englische Sprache.

Als Wahlbürger sollten wir Persönlichkeiten fördern, die über eine bewiesene Urteilsfähigkeit verfügen.

Der Sport bietet, hoffentlich auch nach einer Pandemie, viele Möglichkeiten, sich als Trainer – besonders als Jugendtrainer – zu engagieren. Das fördert auch die eigene Disziplin und die Fähigkeit, Menschen zu führen.

Wir müssen einen Beitrag leisten, die Qualität der Parteien auf allen Ebenen zu verbessern. Wissen, Können und Charakter müssen eine Einheit bilden.

Aufenthalte in fremden Ländern sollen den eigenen Horizont erweitern. Das schließt Fremdsprachenausbildung im import- und exportorientierten Deutschland ein.

Wer ist auf unserer Seite?

„Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Selbst die Weltmacht China hat auch schwache Seiten, die man ausnutzen kann – mit Selbstbewusstsein, Dynamik, Entscheidungsfreude und Optimismus.

Es ist auch noch nicht entschieden, ob Li Xiping oder Klaus Schwab die „Weltregierung“ führen werden. Beide streben nach der Weltherrschaft. Im Duo oder als Solisten?

Da es keinen nationalen Alleingang für Deutschland geben kann, muss es gleichgesinnte Partner finden – mit ähnlicher Interessenlage und ähnlichen Werten in Europa, Asien, Afrika, Ozeanien und Lateinamerika.

Deutschland muss seine zu große Abhängigkeit von China reduzieren.

China wird Probleme mit seiner demographischen Entwicklung bekommen.

Wir dürfen China nicht größer machen, als es tatsächlich ist, und uns nicht kleiner darstellen.. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass erfolgreiche Nationalstaaten – von den USA bis zur Schweiz – sich freiwillig einer „Weltregierung“ unterwerfen.

Schon die Wahlen zum europäischen Parlament zeigen, dass es nahezu unmöglich ist, von „oben“ eine „europäische Identität“ zu verordnen. Die Vielfalt der Kulturen und Traditionen muss wieder die Stärke der europäischen Nationalstaaten werden. Kann man sich da „Weltbürger“ vorstellen? Europa muss wieder ein Bollwerk gegen Versuche der Auflösung der Nationalstaaten werden.

Dieses Europa soll sich bescheiden, sich zu einer neuen Gemeinschaft – einer neuen Wirtschafts- und Handelsunion – zu entwickeln. Mit Blick auf die „HANSE“ die für 450 Jahre den freien Handel und den Frieden in weiten Teilen Europas erhalten hat – ohne eine ausufernde Bürokratie und eine einengende Bevormundung.

Auch in Demokratien muss **geführt** werden von kompetenten, weltoffenen Persönlichkeiten – keine Bürokraten und Funktionäre, die jede Verantwortung für ihr Tun ablehnen – und damit davonkommen.

*) **Brig.General a.D. Dieter Farwick** wurde am 17. Juni 1940 in Schopfheim, Baden-Württemberg, geboren. Nach dem Abitur wurde er im Jahre 1961 als Wehrpflichtiger in die Bundeswehr eingezogen. Nach einer Verpflichtung auf Zeit wurde er Berufssoldat des deutschen Heeres in der Panzergrenadiertruppe. Vom Gruppenführer durchlief er alle Führungspositionen bis zum Führer einer Panzerdivision. In dieser Zeit nahm er an der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie in Hamburg teil. National hatte er Verwendungen in Stäben und als Chef des damaligen Amtes für Militärisches Nachrichtenwesen.

Im Planungsstab des Verteidigungsministers Dr. Manfred Wörner war er vier Jahre an der Schnittstelle Politik-Militär tätig und unter anderem an der Erarbeitung von zwei Weißbüchern beteiligt. Internationale Erfahrungen sammelte Dieter Farwick als Teilnehmer an dem einjährigen Lehrgang am Royal Defense College in London. In den 90er Jahren war er über vier Jahre als Operationschef im damaligen NATO-Hauptquartier Europa-Mitte eingesetzt. Er war maßgeblich an der Weiterentwicklung des NATO-Programmes 'Partnership for Peace' beteiligt.

Seinen Ruhestand erreichte Dieter Farwick im Dienstgrad eines Brigadegenerals. Während seiner aktiven Dienstzeit und später hat er mehrere Bücher und zahlreiche Publikationen über Fragen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte veröffentlicht.

Nach seiner Pensionierung war er zehn Jahre lang Chefredakteur des Newsservice worldsecurity.com, der sicherheitsrelevante Themen global abdeckt.

Dieter Farwick ist Beisitzer im Präsidium des Studienzentrum Weikersheim und führt dort eine jährliche Sicherheitspolitische Tagung durch.

Seit seiner Pensionierung arbeitet er als Publizist, u. a. auch bei uns.

WEF und China – „Great reset“: Segen oder Fluch?

*Von Dieter Farwick, BrigGen a.D. und Publizist *)*

Das „great reset“-Thema wird die weltpolitische Entwicklung des Jahres 2021 und darüber hinaus bestimmen. Daher ist es auf den ersten Blick erstaunlich, dass in Deutschland Politik und die sog. „Großen Medien“ - TV und Print - sehr wenig über dieses Thema berichten.

Auf den zweiten Blick ist dies weniger erstaunlich, da die Ideen des WEF und Chinas, eine „vierte industrielle Revolution“ zu etablieren, nichts anderes darstellt als eine „neue Weltordnung“ mit einer „Weltregierung“.

Weltbeglückungsideen hat es in der Welt bereits schon mehrere gegeben mit einem ähnlichen Ergebnis – Millionen Opfer und entwurzelte Menschen. Man spricht heute von rd. 80 Millionen Menschen – ungefähr die Bevölkerungszahl von Deutschland –, die in ihrem „eigenen“ Land und in vielen anderen Staaten „auf der Flucht“ sind. Ein unhaltbarer Zustand.

Die „Idee“ von WEF und China: ca. 3000 superreiche Individuen aus aller Welt und ausgesuchte Staaten – wie China – sollen rd. 7 Milliarden Menschen, die in rd. 194 Staaten der VN mit unterschiedlichsten Strukturen leben, unter ihre „Weltherrschaft“ mit einer „Weltregierung“ zwingen – auf friedlichem Wege.

Wie soll das geschehen?

Man kann den Protagonisten nicht unterstellen, dass sie ihre wahren Ziele verbergen.

Sie verschweigen ihre Ziele nicht.

Man kann sie lesen und analysieren.

Im Netz kursieren schon klare Vorstellungen über die Umsetzung: Es sind diese Punkte, die in den Vorstellungen dieser Protagonisten wiederkehren.

Die wichtigsten konkreten Ziele:

Weltherrschaft

Weltregierung

Verzicht auf privates Eigentum; die Weltregierung versorgt alle Menschen, wie sie es verdienen. Diesen temporären Besitz kann die Weltregierung wieder nehmen, wenn sie es – wegen Fehlverhaltens – will.

Die Zerstörung der Nationalstaaten und ihrer Mittelschichten, die als Feinde der „Friedlichen Revolution“ eingestuft werden.

Erfolgsaussichten

Es grenzt an Größenwahn, den „great reset“ durchsetzen zu wollen gegen etablierte Staaten mit Rückhalt in ihrer Bevölkerung. Diese Staaten haben über Jahrhunderte eine eigene Identität erreicht mit unterschiedlicher Geschichte, Traditionen, Religionen und Ethnien sowie unterschiedlichen Interessen, die auch von geopolitischen Bedingungen – z.B. Küstenstaat oder Binnenstaat – bestimmt werden. Die eigene Identität eines Staates ist heute in vielen Staaten von innen und außen bedroht. Weder die VN noch die EU haben es in Jahrzehnten geschafft, in ihren Allianzen eine gemeinsame Identität zu schaffen.

Die Protagonisten – wie z.B. Schwab, Gates – vereint mit der Weltmacht China - werden ihren Zeitplan – Gates: „Vier Jahre Umbruch – 10 Jahre Wiederaufbau“ – nicht einhalten können – es sei denn mit Gewalt.

Es gibt keine offene, öffentliche Diskussion über die konkreten Ziele. Kein mächtiger Staat – außer China - sendet Signale, sich freiwillig einer neuen Weltregierung unterzuordnen. Wahrscheinlicher ist, dass China mit Hilfe einer Weltregierung die „Weltherrschaft“ übernehmen will.

Den Protagonisten des „great reset“ geht es nicht um eine bessere Welt für alle Menschen. Ihnen, die alles haben (können), geht es nicht um mehr Reichtum, sondern um die „Macht“ über den Globus.

Schwab und andere Protagonisten sehen China als Vorbild für die „neue Weltordnung“. China sieht das WEF als „Propagandaabteilung“ - besonders in Richtung der westlichen Welt. Schwab und Gates nehmen die chinesische Unterdrückung der Menschen, die groben

Menschenrechtsverletzungen, ihre Totalüberwachung, das brutale Vorgehen Chinas in Hongkong, Taiwan, Xinjiang und Tibet offensichtlich nicht zur Kenntnis. Es ist unvorstellbar, dass Menschen, die heute Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit genießen, sich auf ein Leben wie in China sehnen können.

Also Gewalt ?

Gewalt führt nicht zu einer dauerhaften Lösung

Es gibt keine Macht der Welt, die mit wenigen Verbündeten die „Weltherrschaft“ militärisch erobern kann. Wie steht es um die Legitimation? Sie ist nicht gegeben. Gewaltverzicht ist heute und in absehbarer Zeit das politische Gebot.

Kein Staat der Welt ist vollkommen in seinem Wertesystem.

Aber es gibt rechtliche Möglichkeiten, bestehende Defizite zu mildern oder gar zu beseitigen. Aber dies ist in der Regel nur von innen möglich. Die eigene Bevölkerung muss eine Binnenlösung anstreben, wenn die innere Stabilität und der soziale Frieden gefährdet sind. Kaum ein Staat der Welt kann einen nationalen Weg einschlagen – auch nicht China, die USA oder Russland.

Kluge Politik der Nationalstaaten sucht die Gemeinschaft – auch militärisch –, die gegenseitige Zusammenarbeit und Unterstützung von Staaten gleicher Interessen – wie es heute noch in der NATO der Fall ist.

Der „great reset“ sollte frühzeitig begraben werden. Es wäre ein Segen für die Menschheit.

Die Nationalstaaten und ihre Mittelschichten beweisen gerade auch in der Corona-

Pandemie ihre Kraft und Bereitschaft, ihre Verantwortung für ihre Menschen zu übernehmen.

Die eingangs gestellte Frage: Segen oder Fluch? wird von mir mit „Fluch“ beantwortet. Es kann nicht sein, dass rd. 3000 Superreiche rd. 7 Milliarden Menschen zu Geiseln und Opfer ihrer Phantasien machen, indem sie Gott spielen wollen.

Der alternative Wegweiser in ein neues Jahrzehnt Von Martin E. Renner *)

Mit dem „vorläufigen“ Ja aller Botschafter der 27 EU-Mitgliedsstaaten vom vergangenen Montag dürfte das Abkommen zwischen Großbritannien und der Brüssel nunmehr endgültig vollzogen sein. Damit geht Boris Johnson aus dem jahrelangen Ringen um die Konditionen des Austritts von Großbritannien aus der EU als eindeutiger Sieger vom Platz.

Die massiv betriebene Verunglimpfung Johnsons in Politik und in den Massenmedien erweist sich wieder einmal als Bumerang. Johnson mag ja ein schrulliger Querkopf sein – aber er hat den vom Wahlvolk gewollten Brexit erfolgreich vollzogen und durchgesetzt. Und zwar zu Spitzenkonditionen für sein Land.

Die zahllosen Kommentatoren aus Politik und Medien hierzulande stehen wieder einmal arg jämmerlich und doof da. In der politisch und medial konstruierten Schutzmauer um das „Märchenschloss EU“, dem als vermeintlichem Quellborn für Wohlstand und Sicherheit jahrelang gelobhudelt wurde, wird nun eine gigantisch klaffende Lücke erkennbar.

Multilateralismus ist nur ein Werkzeug der Politik und darf niemals eine Herrschaftsideologie sein

Das von globalistisch denkenden Eliten installierte Bürokratie-Konstrukt „Europäische Union“, die als supranationale Erbin der vermeintlich ewiggestrigen und deshalb abzuschaffenden Nationalstaaten gelten sollte, bekommt tiefe, sehr tiefe Risse.

Diese globalistischen Eliten – allen voran Angela Merkel als Apologetin des Multilateralismus – übergehen nicht nur den Demos, das souveräne Staatsvolk, sondern gefährden gleichermaßen den Nationalstaat, der, und nur der, den Garanten und das Wirkungsfeld einer demokratischen Verfassung darstellen kann.

Demokratische Willensbildung funktioniert demokratiethoretisch nur von unten nach oben – alles andere wäre nur schwerlich „demokratisch“ zu nennen. Wer aber, wie Madame Merkel, „Multilateralismus“ nicht als bloßes Werkzeug für internationale politische Interaktion und Kommunikation zur bestmöglichen Wahrung der eigenen, nationalen Interessen versteht, sondern Multilateralismus selbst zur Ideologie erhöht, der hat sich von diesem Urprinzip demokratischer Willensbildung lange verabschiedet oder niemals auch nur im Ansatz verstanden.

So jemand wie sie versteht Subsidiarität nicht länger als demokratisches Prinzip der Wahrung und Aufrechterhaltung größtmöglicher Bürgernähe – sondern nur noch als lästigen Hemmschuh, der auch und gerade den global-ökonomischen Wirtschaftsinteressen des „Big Business“, des „Big Tech“, des „Big Money“ im Wege steht.

Souveräne Politik benötigt schrullige Querköpfe, wie Trump, Johnson, Farage

Boris Johnson hat damit zugleich den Beweis erbracht, dass es auch und gerade in der Politik nicht nur Querdenker, sondern regelrechte Querköpfe braucht. Köpfe, die sich trotzig vor ihre Nation, vor ihre Bürger – und gegen den internationalen und auch globalistisch agierenden Mainstream stellen.

Ein Meinungsstrom, der heutzutage nichts anderes als ein künstlich erzeugtes Narrativ und ein beständiges Framing einer global agierenden Elite ist. Ein Mainstream, der die Interessen der Polit-Feudalisten und der Ultra-Reichen beispielsweise mit dem herbeigewünschten und herbeifabulierten „Great Reset“ unentwegt im Gespräch halten, aber wenig mit den Sorgen der nationalstaatlichen Bürgerschaften zu tun haben will.

Solchen antidemokratischen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten bedarf eines gehörigen Mutes. Es bedarf solcher Köpfe wie Johnson oder auch Donald Trump, die sich zuerst für die Belange des eigenen Staates, des eigenen Volkes einzusetzen.

Auch wir müssen „Querköpfe“ sein

Wir als Alternative für Deutschland führen die gleiche Auseinandersetzung, weist doch alleine schon unsere Namensgebung deutlich darauf hin: FÜR Deutschland. Auch wir müssen „Querköpfe“ sein. Systemlinge, obrigkeitshörige, aalglatte Karrieristen und Opportunisten, deren Karrieren wir in sämtlichen Altparteien verfolgen können, dürfen bei uns keinen prominenten Platz finden.

Wir dürfen innerhalb unserer Partei nicht dieselben „Karriereleitern“ bereitstellen, wie es in den Altparteien seit Jahrzehnten Usus ist. Karriereleitern, die einmal auf der untersten Stufe bestiegen, dazu führen, dass Sprosse um Sprosse erklommen werden, wenn man nur oft genug seine Hörigkeit gegenüber den vorgegebenen Herrschaftsdirektiven oder den oben beschriebenen Mainstreamnarrativen bekundet. Und ein Minikleidchen, ein etwas gewagterer Ausschnitt und eine adrette Maquillage mögen dabei auch hilfreich sein. Eine Erläuterung hinsichtlich des männlichen Pendants erspare ich dem geneigten Leser an dieser Stelle.

Auch Parteien, Parteistrukturen, Parteimechanismen können Demokratien schädigen

Wir hatten uns 2013 auf die Fahnen geschrieben, für mehr Demokratie auch in den Parteien einzustehen und zu sorgen. Dieser Forderung lag die Erkenntnis zugrunde, dass Parteien, Parteistrukturen und Parteimechanismen – so, wie wir sie in allen Altparteien vorfinden – mehr Teil der Problemlage, als Teil einer etwaigen Lösung sind.

Als Alternative für Deutschland ist es unsere Aufgabe, die Verwüstungen an und in unserer Nation, an und in unserer parlamentarischen Demokratie immer und immer wieder darzulegen, zu analysieren und Lösungswege aufzuzeigen.

Dabei darf es nicht unser Anliegen sein, dem Wähler zu gefallen. Sondern unser erklärtes Ziel muss sein, den Wähler zu überzeugen! Und wenn wir dem überzeugten Wähler dann gefallen, dann ist alles richtig gemacht. Das ist ein grundlegender Unterschied! Den Viele aber nicht verstehen.

Die derzeitige Situation im Land gibt unseren Analysen tagtäglich dramatisch Recht. Die

schier unerträglichen, zumeist willkürlichen – sämtlichen rationalen und auch demokratischen Prinzipien spottenden – Maßnahmen zur angeblichen Bekämpfung einer in Wahrheit rigide instrumentalisierten P(1)andemie zeigen deutlich, wohin die Reise mit und unter diesem Establishment der Funktionärskaste geht.

Schon wird laut und offen über eine Zwei-Klassen-Gesellschaft nachgedacht, in der den „Geimpften“ mehr Grund- und Freiheitsrechte zugestanden werden sollen, als den „Ungeimpften“.

Dies ist bereits offen zu Tage tretendes totalitäres Denken

Wir erleben im politischen und gesellschaftlichen Alltag immer häufiger und immer klarer neue totalitäre Tendenzen: Die ehemals angeklagte „Politische Korrektheit“ hat sich bereits zur sogenannten „Cancel Culture“ ausgewachsen.

Vermeintliche Delinquenten werden nicht mehr aufgrund des Gesagten gegängelt und gemäßregelt – ihnen wird heute durch offene Diffamierung und medial geschürte künstliche Empörung faktisch die gesellschaftliche Existenz entzogen. Unter den wohlwollenden Augen der politischen Macht, der politisch Mächtigen. Durch unheilvolle und jede Demokratie verhöhnende Begrifflichkeiten, wie Kontaktschuld, Querulantentum, XY-Leugner. Der Sippenhaft, unseligen Angedenkens, wird damit wieder einmal die Tür geöffnet.

In den Parlamenten wird die demokratisch legitimierte größte Oppositionspartei offen und mit Ansage angefeindet, ausgegrenzt und tabuisiert. Und damit am Wählerauftrag behindert und oft auch gehindert.

Die in Aussicht stehende und auch zu erwartende Beobachtung durch den Verfassungsschutz, die rechtsstaatlich durch nichts gerechtfertigt erscheint, sind Anzeichen eines schon totalitär anmutenden Umgangs der politisch Dominierenden mit der diese Dominanz in Frage stellenden Opposition.

Blaue Rationalität und Freiheit gegen die „Neue Einheitspartei Deutschlands (NED)“

Die „Alternative für Deutschland“ ist nicht nur der politische Gegner sämtlicher Altparteien. Sie ist auch der Antipode – also Menschen von entgegengesetzter Geisteshaltung – des gesamten Establishments, bestehend aus Politik, Wirtschaft, Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen der Sozialindustrie und NGOs aller Art, zumeist regelhaft oder zumindest meistens von Staatsgeldern finanziert und lebend.

Genau das ist der erklärte Daseinsgrund, der Raison d’être, der AfD. „Wo alle einer Meinung sind, da braucht es eine zweite Meinung!“ Jedes einzelne Wort des Parteinamens der „Alternative für Deutschland“ – deren Namen ich zu entwickeln die Ehre hatte – ist die Kontradiktion, der bewusst erklärte Widerspruch zur derzeit noch die Geschicke unsere Landes bestimmenden öko-sozialistischen, kultur-marxistischen „Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)“.

Die „Alternative“ steht gegen das überwiegend einheitliche und weitestgehend gleichgeschaltete Denken aller Anderen im politischen Raum.

Das „Für“ steht für das „Eigene“ und ist der erklärte Widerstand zur allseits bekundeten Liebe

und Bevorzugung des „Fremden“ der Altparteien, die in Wirklichkeit dem „Hass auf das Eigene“ entspringt.

Unser „Deutschland“ ist der Adressat unserer politischen Ambitionen. Dieses Deutschland – dessen Existenz, Wohlergehen und Zukunftsfähigkeit – ist im Interessenspektrum der die Ent-Nationalisierung und das Umgestalten in eine Supra-Nationalität anstrebenden NED (Neue Einheitspartei Deutschlands) nicht mehr vorhanden.

Das sind die Handlungsziele und die DNA der Alternative

Die AfD hat sich ganz bewusst selbst zum Gegner, zur demokratischen Antithese gemacht. Wer das in Frage stellt, wer darauf erpicht ist, beim aktuellen Machtkartell, trotz zunehmend totalitärer erscheinenden Tendenzen dieses polit-ökonomisch-medialen Establishments gefallen zu finden, der ist in der Alternative für Deutschland am falschen Platz. Er behindert sogar – bewusst oder unbewusst – die politisch notwendige Arbeit. Denn er hat entweder unsere zu bewältigende Aufgabe nicht verstanden, oder er hat die zu behebenden verheerenden Verwüstungen an und in unserer Demokratie nicht annähernd reflektiert.

Wir sind die legitimierte Oppositionspartei der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben nicht den Anspruch Opposition in ganz Europa zu sein. Dies ist die Aufgabe unserer europäischen Freunde und Gleichgesinnten in ihren jeweiligen Ländern. Ganz im Sinne des auch von uns angestrebten abendländischen Europas der Vaterländer. An dessen Umsetzung und Verwirklichung wir gerne und hoch motiviert mitarbeiten wollen und werden.

Unser politischer Gegner agiert längst nicht nur inter-national sondern auch und wie bereits dargestellt vor allem anti-national. Hierzulande von einer geschichts- und bildungsvergessenen deutschen Frau Bundeskanzler und ihrer opportunitätslüsternen Entourage betrieben. Die in geradezu ideologiebesessener Manier von der deutschen Vorreiter-Rolle bei der Welterrettung träumen.

Boris Johnson hat sich und seine Nation der hier entstehenden Dynamik durch die erfolgreiche Durchsetzung des Brexit entzogen. Solange wir den Nationalstaat als einzig denkbaren Rahmen einer parlamentarischen Demokratie erkennen, solange bedeutet die Übereignung nationaler Souveränitätsrechte an Brüssel eine Aushöhlung unserer Demokratie – und damit der Freiheitsrechte seiner Bürger.

Es ist nur schwer erklärlich, warum ausgerechnet exponierte AfD-EU-Parlamentarier dies nicht offen aussprechen und als alternatives Ziel in den öffentlichen Diskursraum stellen.

Der Marsch durch die Institutionen durch die Kultur-Marxisten ist erfolgreich abgeschlossen

Erstens: Wir müssen uns vergegenwärtigen und eingestehen, dass der von den 68ern begonnene linke Marsch durch die Institutionen, befeuert und angetrieben von den neo- und kulturmarxistischen Vorgaben der „Frankfurter Schule“, nahezu vollständig vollzogen wurde.

Zweitens: Merkels opportunistische Prägung und Bildungsferne – aber sicher auch ihre marxistisch-leninistische Sozialisation – haben die Beseitigung sämtlicher konservativen Parteiideale der „C“, „D“, „U – christlich ist weg, demokratisch ist weg – knallhart und erfolgreich realisiert.

Beide Wirkmechanismen – 68iger und Merkels Preisgabe des Konservativen – haben ihren öko-sozialistischen und globalistischen Sud an die Wurzeln unserer Republik erfolgreich ausgegossen, so erfolgreich, dass die „Deutsche Eiche“ aktuell nur noch fatal giftige Früchte treiben und tragen kann.

Wenn wir vom (linken) Establishment sprechen, so ist der gesamte politische, ökonomische und mediale Komplex gemeint, der sich zum fast absolut agierenden und regierenden Machtkartell ausgewachsen hat. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem „durchgelinkten und ideologisierten“ Zustand.

Die internationale und globale Verschmelzung von Politik (und ihren Protagonisten) und Wirtschaft (Big Business und Ultra-Reiche) hin zu einem Staats-Korporatismus zeigt sich kaum anderswo so offen, wie in unserem Land. Und bildet so die Grundlage für eine neue Form von Herrschafts- und Lenkungswirtschaft, die sehr bald große Ähnlichkeit mit einer klassischen kommunistischen Kommandowirtschaft haben wird.

Eigentlich das glatte Gegenteil unserer ursprünglich „typisch deutschen“, wohlstandsschaffenden und mittelstandsorientierten „sozialen Marktwirtschaft“ Erhard'scher Prägung, die nicht zuletzt auch auf der „Katholischen Soziallehre“ fußte.

Kaum ein Konzern, kaum ein Werbespot ohne deutlich geäußerte, politisch links soufflierende Einflussnahmen, Forderungen und Botschaften. Hier gäbe es ein Vielzahl weiterer Beispiele zu nennen.

Die Metapolitik gilt es ins Auge zu nehmen

Von der Kinderkrippe über die Schule, dem gesamten akademischen Betrieb bis hin zum Arbeitsplatz, in Sport- oder sonstigen Vereinen, in den Kirchen, in den Gewerkschaften, in den etablierten Medien, in der Kunst- und Kulturszene – es gibt nahezu keinen Ort mehr, an dem nicht politisch korrekt vorgedacht wird.

Wer der omnipräsenten, durch Unsummen an Steuergeldern politisch künstlich kreierten Gesinnung nicht das Wort redet, läuft Gefahr als Person und Bürger marginalisiert zu werden. Am Ende dieser politisch gewollten und geförderten Dynamik steht oftmals die vollständige gesellschaftliche Ausgrenzung bis hin zum Verlust der beruflichen Existenz. Das könnte man politisch-gesellschaftlichen Totalitarismus einer weitgehend gleichgeschalteten Gesellschaft nennen.

Der politische Gegner unserer antithetischen Alternative ist nicht nur und ausschließlich in der Politik zu suchen. Dieser Gegner tritt in den unterschiedlichsten Figuren und Rollen in unserer Gesellschaft auf. Daraus folgt, dass die Alternative nicht nur einen politischen Auftrag, sondern auch einen gesellschaftlichen Auftrag zu leisten hat. Unsere Alternative hat einen regelrechten Paradigmenwechsel herbeizuführen. Nicht nur eine politisch-ideologische Umkehr, sondern auch die Ertüchtigung des Bürgers wieder hin zur freien und faktenorientierten Willensbildung in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft.

Die AfD wirkt bereits. Muss aber instrumentell aufgerüstet werden

Auf allen diesen Feldern sind wir bisher schon recht erfolgreich – auch, wenn man gerne noch

mehr Erfolg sehen würde. Unsere bloße Existenz, unser stetiges Aufzeigen der Verwüstungen, unsere Artikulation der Fehlentwicklungen – alles dies wirkt bereits.

Es ist für die Alternative für Deutschland jedoch von geradezu existentieller Bedeutung, endlich zu einem festen Bekenntnis klar formulierter Werte, politischer Forderungen und deutlicher gezeichneter Visionen zu kommen. Nur so kann das beständige und böswillige Framing unserer politischen Gegner konsequent durchbrochen und das Gegenframing erfolgreich in Gang gesetzt werden.

Dann, und erst dann, können wir uns gesellschaftlich breit aufstellen und tiefer verwurzeln. Nur so können wir dem Bürger den Ausbruch aus seinem polit-ökonomisch-medial vergitterten Käfig ermöglichen.

Die Alternative für Deutschland ist gelebter Schutz unserer Verfassung

Wir stehen wetterfest, unabänderlich und schützend zur parlamentarischen Demokratie. Wir erkennen, dass die Souveränität der Bürger im freien Deutschland auf der jüdisch-christlichen Ethik und seiner daraus abgeleiteten Sittenlehre und auf der Rationalität der Aufklärung beruhen. Wir erkennen, dass unterschiedliche nationale und kulturelle Identitäten kein Risiko, sondern einen sich ergänzenden Gewinn bedeuten können. Wir sehen im Islam jedoch und seinen politischen-religiösen-ideologischen Koexistenzen eine Gefahr für unsere formulierte freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Wenn wir als Alternative für Deutschland die Regierung kritisieren, dann kritisieren wir die Amtsinhaber – nicht die Institutionen. Wenn wir die Personen in den Parlamenten – oftmals zu Recht – lächerlich machen, dann meinen wir die Amtsinhaber – nicht das Parlament, nicht die parlamentarische Demokratie. Wir stellen eben gerade nicht die „Systemfrage“, sondern wir weisen stetig darauf hin, wohin tendenziös totalitär anmutende Dynamiken führen können, ja, vielleicht sogar führen müssen. Gerade wir Deutsche haben das als unsere Pflicht zu erkennen.

Wir betreiben weder Revisionismus, noch Geschichtsklitterung. Wir sorgen dafür, dass es niemals wieder zu politisch abnormen und menschenverachtenden Entwicklungen kommen kann. Die politische Tür, zu menschenverachtenden Ideologien, zu Gesinnungspolitik, zur Herrschaft von sich selbst moralisch überhöhenden Eliten über den freien Bürger, muss für alle Zeiten verschlossen bleiben.

Wohlan denn, Herz, nimm Abschied und gesunde

Bis zu den Bundestagswahlen in diesem Jahr werden wir erleben, dass die hier dargestellten Mechanismen und Dynamiken an Geschwindigkeit zunehmen werden. Wir werden erleben, dass nicht nur neue Bewegungen, wie jüngst die „Querdenker“ entstehen, wir werden mit höchster Wahrscheinlichkeit auch neue Parteiformierungen erleben.

So oder so – wir werden unseren Weg unbeirrt und unbeirrbar fortsetzen. Wir müssen aber aufhören unsere Sprache und unsere Denkart an die des politischen Gegners anzugleichen und diese sogar zu übernehmen.

Parlamentarischen Erfolg können wir erst mit geeigneten Mehrheiten erzielen. Bis dahin heißt es standhalten, sich behaupten und die eigenen Positionen kommunizieren und verteidigen.

All jenen, die jetzt vom Sessel aus und an der Tastatur nach konkreten, schnellen Lösungen und Erfolgen rufen, sei entgegengehalten: Unsere bloße widerständige Existenz in den Parlamenten, unsere Initiativen, unsere Reden und unser gesamtes Wirken – das IST bereits ein Erfolg.

Unser Weg ist und bleibt der parlamentarische Weg. Wem dies nicht ausreichend oder schnell genug erscheint, der kann und wird in der Alternative für Deutschland keinen Platz finden. Gleiches gilt für jene, die aus der Alternative für Deutschland ein systemgenehmes Konstrukt machen wollen und meinen, dass man mit blankem Opportunismus und Anbiederung an den Zeitgeist des Machtkartells Wähler gewinnen könnte und sollte.

Wir wollen unsere Welt, unser Deutschland, unsere Gemeinschaft parlamentarisch-politisch und auch durch erfolgreich betriebene Metapolitik zum Besseren verändern. Und – jede Wette, es werden sich mit den aktuell immer rigider werdenden Freiheitseinschränkungen und den ganzen „weltrettenden“ Steuererhöhungen immer mehr Bürger uns und unseren Positionen anschließen.

Wohlan, auf ein erfolgreiches Jahr 2021 Anno Domini.

*) **Martin E. Renner MdB** ist Betriebswirt und Freier Autor. 2013 war er einer der 15 Gründungsinitiatoren sowie Mitglied im Gründungsvorstand der Partei Alternative für Deutschland (AfD).

Was können wir noch tun?

*von altmod *)*

*Muss man sich denn auch alles von sich gefallen lassen?
Kann man nicht stärker sein als die Angst?“
Viktor Frankl*

In meinem letzten Beitrag zum abgelaufenen, schrecklichen Jahr 2020 habe ich uns und unseren Landsleuten kein gutes Zeugnis ausgestellt: <http://altmod.de/2020/12/die-deutschen-ein-volk-nuetzlicher-idioten/4364/>

Man wird davon „grosso modo“ auch im neuen Jahr keine wesentlichen Abstriche machen können, es sei denn ...

Man denke mal über den Satz von Viktor Frankl nach!

Ist es nicht so, dass wir gerne aus Bequemlichkeit die Schuld für unsere Hemmnisse und Beschädigungen nach außen verlagern?

Denkt man nicht, es sind diese Politiker, diese penetranten Wissenschaftler, natürlich die Medien, welche bei uns diese schlechten Gefühle erzeugen, die manchmal bis hin zu real empfundener Hoffnungslosigkeit und Resignation reichen?

Ist es nicht so: Dass wir uns durch die täglichen Katastrophenmeldungen mehr als nur verunsichern lassen, dass wir verbittert die als Schikanen zugemuteten Einschränkungen im täglichen Leben erdulden, dass wir Kräfte und Mächte am Werk sehen, die nicht das Beste für uns bewerkstelligen wollen, so wie wir es für uns sehen möchten?

So müssen wir uns die daraus entstehende Verbitterung doch nicht noch auch aus uns selbst heraus gefallen lassen!

Wir sind nicht darauf beschränkt, Knecht unserer Triebe und Gefangene unserer Ängste und Zwänge sein zu müssen, sondern wir verfügen über die geistige Freiheit, den Weg zu einer sinnvollen Integration all dies uns menschlich Eigenem zu finden. „Menschlich“ in diesem Sinne sind natürlich unsere Begierden wie Ängste, soweit sie nicht aus einer Geisteskrankheit erwachsen.

Wenn wir uns widerstandslos einbinden lassen in die Geisteskrankheiten unserer Zeit, wir wären tatsächlich verloren.

Allein unser regelmäßiger Rekurs auf geistige Freiheit ermöglicht Heilung davon!

Ich verachte nicht die deutsche Nation – so wie ich in meinem vorausgehenden Artikel Schopenhauer zitiert habe. Nein, ich werde mir meine Zugehörigkeit und Verbundenheit nicht ausreden lassen und abstreifen – trotz Nietzsche oder Schopenhauer, trotz Hitler oder Merkel, trotz SPD und Grüne ...

Unsere persönliche und kollektive „Trotzmacht des Geistes“* kann auch aus der Besinnung auf unsere Geschichte gespeist werden.

Wir haben eine großartige Geschichte, und gewiss auch eine fürchterliche – „in Großartigkeit“.

Diejenigen, „die schon länger hier wohnen“ – im Zentrum Europas – haben in der Vergangenheit fürchterliche Katastrophen über sich ergehen lassen müssen. Zuletzt die nahezu totale Auslöschung unseres Landes. Aber wie kein anderes Volk in der Geschichte hat sich das deutsche wie Phönix aus der Asche erhoben.

Inzwischen aber auch zu dem Preis einer Verwöhnung und dem Verlust alter Stärken und Fähigkeiten – und dem Verlust eines gesunden, selbsterhaltenden Selbstbewußtseins. Wie könnten wir weiterexistieren, weiterleben, wenn wir meinen, das Recht auf Verwöhnung sei das Bestimmende für uns. Wenn wir uns nicht der eigentlichen Stärken und durchaus außergewöhnlichen Eigenschaften besinnen würden, die unser Volk über Jahrhunderte hinweg bewiesen hat und welche – davon bin ich überzeugt – einem Großteil unserer Bürgerschaft immer noch innewohnen.

Bewegen wir uns heraus aus den Niederungen der gegenwärtigen Zumutungen.

Unsere „Trotzmacht“ kann bewirken, dass wir uns nicht mehr diskreditieren lassen, da man versucht, uns ob unserer Meinungen in die Schmutzdecke zu stecken.

Viele von uns haben sich schon „vom Kasperltheater der großen Medien längst abgekoppelt“, wie Hans Magnus Enzensberger schon vor längerer Zeit feststellte, und bilden sich Urteil „unabhängig vom Blabla der Rezensionen und der Talkshows, und die einzige Form der Reklame, an die (wir) glauben, ist die Mundpropaganda, die ebenso kostenlos wie unbezahlbar ist.“ Aber wir brauchen dazu auch aktiven Widerstand!

Was an Trotzigkeiten können wir denn umsetzen?

û Wenn man versucht, uns gesunden Menschenverstand abzusprechen, werden wir nicht stillhalten, sondern uns unverbrüchlich öffentlich äußern und wehren. Wir werden nicht zögern, unseren gewählten Vertretern auf den Schlips zu treten – oder mehr, wenn sie weiter in ihrer Passivität oder Opportunismus verbleiben und unsere demokratischen Einrichtungen und Angewohnheiten schädigen. Wenn sie Demokratie nur simulieren, jede elementare Diskussion darüber vermeiden über das, was die Menschen im Land bewegt und berührt.

û Wir können das mit unseren bescheidenen Kräften angehen: im persönlichen Gespräch, im (Leser-) Brief oder Kommentar; auch auf der Straße – was inzwischen durchaus sein muss. Scheuen wir uns nicht, einem uns diffamierenden Kontrahenten mithilfe der Sprache eine aufs Maul zu geben.

û 2021 ist ein Wahljahr. Wir möchten vielleicht noch verzweifeln ob der Möglichkeiten, welche die Auguren prognostizieren, dass überhaupt eine „Wende“ – oder vielleicht nur „Abwendung“ von der bisherigen Konduite – möglich ist. Aber unterschätzen wir diese bescheidene Macht nicht. Zum Beispiel würde eine AfD mit etwa 20% Wählerstimmen mehr als nur ein Erdbeben in unserer politischen Landschaft hervorrufen. Ein Wunschtraum? Warten wir es ab.

û Zeigen wir denen, die durch 2020 zu wirklich Leidtragenden geworden sind, dem Restaurantbesitzer, dem Friseur, dem Reisekaufmann, dem Boutique-Betreiber usw., dass wir ihn weiterhin brauchen und persönlich unterstützen werden. Dem arbeitslos gewordenen Nachbarn, dass er uns nicht gleichgültig ist, wir sein Schicksal nicht als „naturgegeben“ ansehen.

û Sagen wir es den Pfaffen ins Gesicht und schreiben wir es dem Bischof, dass wir in ihm nicht mehr unseren „Hirten“ oder geistigen Betreuer sehen, sondern nur noch einen opportunistischen Büttel der herrschenden politischen Kräfte und klagen wir an, dass er nicht mehr willens ist, uns und unsere Gemeinschaft vor dem ansteigenden Einfluss unserer nicht nur auf die Religion bezogenen Feinde zu beschützen.

û Machen wir Intoleranz all den geistlos Toleranten um uns gegenüber im Reden und Handeln zum Prinzip.

û Gehen wir nicht den wirklichen Freiheitsfeinden aus moralischen Motiven auf den Leim, die uns in allen unseren Lebensbereichen gängeln und mit Verboten und Verordnungen auf den angeblichen Pfad der Tugend führen wollen. Sprechen wir es klar aus, dass die Grünen und diese angeblich idealistisch bewegte Jugend mit mental angeknacksten, manipulierten und manipulierenden, halbgaren Gören als Galionsfiguren ihre und unsere Zukunft nicht retten, sondern zerstören werden. Sagen wir den Schulschwänzern, dass sie nichts anderes sind als Schwänzer und Schwätzer, die richtige Not noch nie kennengelernt haben.

û Sagen wir es dem immer noch so selbstbewußt auftretenden CDU- oder SPD-Funktionär aus der Nachbarschaft, dass es er und seine Partei sind, welche aus Gründen des puren Machtopportunismus die Axt an den Stamm unseres einstmals funktionierenden Rechtsstaates und der so oft beschworenen „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ gelegt haben.

û Sprechen und schreiben wir, wie uns der Schnabel gewachsen ist, ohne Rücksicht auf Genderismus- oder politische Korrektheit.

û Warum soll man sich auch 2021 nicht weiter noch eine „Dreckschleuder“ als Auto zulegen, wenn eine Neuanschaffung angezeigt oder notwendig ist. Eine Petitesse vielleicht, aber auch ein Signal, sich der öffentlich verordneten Narretei nicht anzuschließen.

û Ist Boykott etwas Fragwürdiges? Warum soll ich nicht jemanden boykottieren, der z.B. mit seiner Agitation meine tradierten Einstellungen und Werte aufheben möchte und lächerlich macht: mit Vorgaukeln einer angeblich bunten, hinausreichend über eine tatsächliche „multikulturelle“ Wirklichkeit in der Gesellschaft und Familie, dazu oft mit aufdringlicher, distanzloser Anrede. Ich kann meine Alltagsprodukte auch woanders beziehen als von Propagandisten wie bei Edeka, Ikea, Lidl usw.. Die Reste unserer durchaus wackelig auf den Beinen stehenden Marktwirtschaft lassen das durchaus zu. Bevor ich mich in einen Zug der staatlichen „Bunten Bahn“ setze, greife ich schon seit einiger Zeit mehr denn je auf Beförderung durch meine Dreckschleuder zurück. Noch nie mit einem schlechten Gewissen. Das mag ein naiver und hochfliegender Katalog von Widersetzlichkeiten sein, die ich aufgeführt habe und damit zur Umsetzung anstacheln möchte. Ich muss mich selber daran messen lassen, wenn ich es ehrlich meine.

Aber haben wir im Volk noch andere Möglichkeiten? Außer Gewalt auf und über die Straße?
Beginnen wir damit, dass wir uns vor und von uns selbst nichts mehr gefallen lassen!

*Als Trostmacht des Geistes bezeichnet Viktor Frankl die Fähigkeit des Menschen, trotz widriger äußerer Umstände sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, über sich hinauszuwachsen. Dies gelingt, sobald ein Mensch eine Sinnmöglichkeit außerhalb seiner selbst wahrnimmt, für die es sich lohnt, sich einzusetzen. Frankl erörtert die Bedeutungen dieses menschlichen Potenzials, dessen Wirkung er auch durch eigene Erfahrungen in Konzentrationslagern belegt (in „Trotzdem Ja zum Leben sagen“).

*) Blogger „altmod“ (<http://altmod.de/>) ist Facharzt und seit Beginn Kolumnist bei *uns*.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
das mag für heute genügen.*

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Nächsten ein glückliches Neues Jahr 2021, zudem den
Schutz Gottes und, wie stets an dieser Stelle, uns allen eine bessere Politik.*

*Mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,
Ihr
Peter Helmes*

Hamburg, 16. Januar 2021

BITTE BEACHTEN SIE DIE FOLGENDEN HINWEISE:

EINE KLEINE SENSATION – 6. AUFLAGE!

Zwei Jahre nach der Ersterscheinung hat...

„DIE KLEINE UNKORREKTE ISLAM-BIBEL“



Peter Helmes

Die kleine unkorrekte Islam-Bibel

Tötet die Ungläubigen!



...bereits die 6. Auflage erreicht! Und die Bestellungen hören nicht auf.

Das ist ein wichtiger Indikator für das große Interesse, das das Thema Islam findet. Wer die „Islam-Bibel“ von Peter Helmes gelesen hat, ist für jede Diskussion gerüstet.
(Kostenlose Bestellung/Lieferung bei DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.)

BITTE BEACHTEN SIE AUCH DEN FOLGENDEN BUCHHINWEIS!

BEREITS EINE GESAMTAUFLAGE VON 100.000 EXEMPLAREN ERREICHT!



P.S.: Kostenlose Bestellung: Die Deutschen Konservativen e.V., Beethovenstr. 60, 22083 Hamburg, Tel. 040 / 299 44 01, Fax 040 / 299 44 60, email: info@konservative.de
